

Wir sind bereit!

SD federführend gegen Personenfreizügigkeit



Bernhard Hess,
e. Nationalrat
und SD-
Geschäftsführer,
Bern

Wir von den Schweizer Demokraten (SD) kündigen bereits jetzt an, federführend das Doppel-Referendum gegen die Verlängerung des Abkommens mit der Europäischen Union über den freien Personenverkehr und gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien zu lancieren. Wegen des grossen, berechtigten Unmutes über die massive Zunahme von Arbeitskräften aus dem EU-Raum und dem daraus resultierenden Lohn- und Sozialdruck sind wir fest davon überzeugt, dieses Referendum gewinnen zu können.

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

Anlässlich der a.o. Delegiertenversammlung vom 15. Dezember 2007 in Bern-Bümpliz wurde die SD-Parteileitung beauftragt, die Referendumsfrage zu prüfen. Aufgrund der zeitlichen Konstellation empfiehlt die SD-Parteileitung der Basis, ein Doppelreferendum sowohl gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien wie auch gegen die generelle Weiterführung des freien

Personenverkehrs mit der EU zu ergreifen. Das letzte Wort hat dann allerdings wiederum die SD-Delegiertenversammlung am 31. Mai 2008, wobei davon ausgegangen werden kann, dass die SD dieses Doppel-Referendum beschliessen wird. Bereits im Jahre 2000 haben wir federführend den Referendumskampf gegen die Bilateralen EU-Verträge I und im Jahre 2005 gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten geführt.

Neue Deutsche Welle

Das bilaterale Abkommen mit der EU über den freien Personenverkehr wirkt sich mehr und mehr auf die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung aus. So ist insbesondere ein massiver Zuwachs bei den Angehörigen der 15 alten EU-Staaten zu beobachten. Den höchsten Zuwachs verzeichneten im vergangenen Jahr die Staatsangehörigen aus Deutschland (+21 991), gefolgt von denjenigen aus Portugal (+6083) und aus Frankreich (+3445) und aus den neuen EU-Ländern Polen (+1136). Die Zuwanderung entspricht dem Trend der letzten fünf Jahre. So hat die ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz per 31. August 2007 einen neuen Höchststand von 1 541 931 Personen erreicht.

Der Zuwachs ist grösstenteils auf die Zuwanderung aus der EU zurückzuführen. Einmal mehr wirkte sich laut Bundesamt für Migration (BFM) das bilaterale Abkommen mit der EU über den freien Personenverkehr für unser überfülltes Land negativ aus. So kamen 2007 insgesamt aus den 15 alten EU-Staaten 3,2 Prozent mehr Personen in die Schweiz als 2006. Für das vergangene Jahr liegen noch keine offiziellen Zahlen vor, doch muss davon ausgegangen werden, dass sich dieser unselige Trend noch fortsetzen wird, insbesondere weil sich die wirtschaftli-



Billige Arbeitskräfte aus dem EU-Raum überschwemmen die Schweiz.

che und soziale Situation in unserem nördlichen Nachbarland nicht verbessert hat.

SD-Vorstoss für Schutzklausel abgelehnt

Im vergangenen Jahr ist erstmals die volle Personenfreizügigkeit mit den 15 alten EU-Staaten eingeführt worden. Im Rahmen einer Schutzklausel könnte die Schweiz aber wieder Kontingente einführen, wenn die Einwanderung das Mittel der letzten drei Jahre um mehr als 10 Prozent überschreitet. Der Schreibende forderte in seiner Motion «Zuwanderungskontingente dank Anwendung der Schutzklausel» im Nationalrat. Die Schweiz könnte die Einwanderung während der zwei folgenden Jahre auf das Mittel der letzten drei Jahre plus 5 Prozent beschränken. Diese Wiedereinführung von Begrenzungsmaßnahmen erfolgt temporär einseitig und ohne die Gefahr von Retorsionsmassnahmen. Erwartungsgemäss lehnte der Bundesrat diesen SD-Vorstoss ab.

Zuwanderung an allen Fronten

Auch im Bereich der nicht ständigen ausländischen Wohnbevölkerung (Kurzaufenthalter mit Aufenthaltsdauer von mehr als 4 und weniger als 12 Monate; Dienstleistungserbringer mit Aufenthaltsdauer von bis zu vier Monaten) ist eine massive Zuwanderung aus

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Afrika – eine demographische Zeitbombe
- 4 Die Schweiz den Ausländern
- 5 Genf 2048
- 6 Warum wir alt werden wollen
- 7 Was ist mit unserem Gesundheitswesen los?
- 8 Alpenparlament
- 10 Aus den Kantonen

Wir sind bereit!*Fortsetzung von Seite 1*

den 15 alten EU-Staaten zu beobachten. Wertet man den starken Zuwachs der ständigen und nicht ständigen ausländischen Wohnbevölkerung sowie die Zuwanderung der Erwerbstätigen aus den 15 alten EU-Staaten auf den Arbeitsmarkt, ist eine Notbremse mittels Referendum gegen die Personenfreizügigkeit zwingend.

Lohndruck aus dem EU-Raum

Zweifellos ist der Zuwanderungsdruck aus der EU seit der Aufhebung der Kontingente ab 1. Juni 2007 massiv gestiegen. Wie bereits erwähnt, wandern besonders gut qualifizierte Deutsche dauerhaft in die Schweiz ein. Während die Zuwanderung in den 1960er bis 1990er Jahre vor allem Minderqualifizierte aus Italien, Portugal, Spanien und später der Türkei und dem Balkan betraf, finden wir die Deutschen heute an allen Fronten; in Banken und Versicherungen, in Chefetagen, in Spitälern, Universitäten, auf Baustellen usw. Fakt ist: Im Jahre 2006 kamen 24 700 Deutsche zu uns, pro Monat sind dies rund 2000 Zuwanderer, 21 Prozent mehr als im Jahr 2005/06. Derzeit leben mehr als 170 000 Deutsche in der Schweiz; die Tendenz ist steigend. Sie arbeiten oft für weniger Lohn und verdrängen zunehmend die Einheimischen vom Arbeitsmarkt. Ein leitender Angestellter der Zürcher Kantonalbank (ZKB) bestätigte mir, dass in den letzten beiden Jahren in diesem Bankinstitut fast ausnahmslos Personen aus unserem nördlichen Nachbarland eingestellt wurden, was für die einheimischen Bankangestellten mit einem spürbaren Lohn- und Sozialdruck verbunden ist. Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Deutsche Menschen sind mir durchaus herzlich willkommen. Persönlich habe ich viele Freunde in Deutschland und Österreich. Ich bin mir bewusst, dass uns Deutschschweizern die nördlichen Nachbarn kulturell und von ihrer ganzen Wesensart am Nächsten stehen und selbstverständlich ziehe ich ein Zusammenleben dieser kulturell nahe verwandten Menschen jeder anderen Einwanderungsgruppe vor. Es ist die Massierung der Zuwanderung aus unserem nördlichen Nachbarland, die mir Kopfzerbrechen bereitet. Der Ordnung halber muss zudem erwähnt werden, dass im Bereich der schlecht qualifizierten Arbeitskräfte vor allem Personen aus Portugal in beträchtlicher Zahl in die Schweiz kommen.



Der heutige EU-Zuwanderer ist jung, mobil und extrem flexibel.

Anstieg der Arbeitslosenquote

Im internationalen Vergleich verfügt die Schweiz über eine relativ tiefe Arbeitslosenquote. Trotzdem: Zwischen 2001 und 2007 hat sie sich in der Schweiz mehr als verdoppelt. Nur in den Niederlanden stieg die Quote noch stärker an. Dies ganz im Unterschied zu vielen anderen Industrieländern, in welchen die Arbeitslosigkeit teilweise rückläufig war, so etwa in Finnland, Italien, Griechenland, Spanien oder in Japan. In anderen Ländern (Deutschland, Frankreich, USA) stieg die Arbeitslosigkeit schwach bis mittelstark an. Während sich aber die Arbeitslosenrate in der Schweiz mehr als verdoppelt hat (Faktor 2.24), nahm sie in unseren Nachbarländern in den vergangenen Jahren nur noch schwach zu (1.07 in F, 1.27 in D) oder ging sogar zurück (0.86 in I).

Arbeitslosenversicherung unter Druck

Die Konsequenz des hohen Anstiegs der Arbeitslosenquote im Verhältnis zum Ausland ist eine Arbeitslosenversicherung, welche immer grössere Finanzierungsprobleme hat. 2004 betrug das Defizit satte 2,2 Milliarden Franken, 2005 immer noch 1,8 Milliarden und auch 2006 – trotz guter Konjunktur noch 1,054 Milliarden Franken. Bekanntlich müssen diese Defizite durch Darlehen des Bundes gedeckt werden, welche sich direkt auf die Verschuldung der Schweiz auswirken. Ein Blick auf die Leistungen der Arbeitslosenversicherung im Ausland zeigt deutlich, dass die Schweiz für Zuwanderer attraktiv ist. Gemäss OECD erhielt ein Einverdienerehepaar mit zwei Kindern in der Schweiz im Falle einer Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr 81 % des vorherigen Einkommens ver-

gütet (nach Steuern). In der Tschechei erhielt das gleiche Paar lediglich 61 %, in der Slowakei 67 % und in Polen gar nur 54 %. In Irland käme das angesprochene Einverdienerehepaar mit zwei Kindern auch lediglich 58 %. Bei Betrachtung dieser Attraktivitätsunterschiede der Schweizer Sozialwerke gegenüber dem Ausland erstaunt es nicht, dass schon heute 43,1 % der Arbeitslosen in der Schweiz ausländischen Ursprungs sind.

IV gefährdet

Von der Personenfreizügigkeit ist aber nicht nur die Arbeitslosenversicherung betroffen, auch die IV und die Sozialhilfe spüren die Auswirkungen. Ausländer beziehen über 40 Prozent der IV-Leistungen und fast drei Mal so häufig Sozialhilfe wie Schweizer. Eine Hauptschwäche der Personenfreizügigkeit ist: Wer künftig in der Schweiz arbeitet, kann ab sofort seine Familie in die Schweiz holen, ohne für sie finanziell aufkommen zu müssen. Gemäss Statistik gehen im Kanton Zürich bereits heute 40 % der Sozialhilfe an Ausländer.

Verharmloste Konsequenzen

Während im Vorfeld der Abstimmung über die Bilateralen Verträge I in der Studie von Andreas Frick und Frank Schmidbauer noch einigermaßen objektiv über die Mehrkosten für die Arbeitslosenversicherung diskutiert wurde, spricht heute niemand mehr über die negativen Auswirkungen: Die ALV müsse mit jährlichen Mehrkosten in der Höhe von 400 bis 600 Millionen Franken rechnen. Die effektiven Kosten variieren je nach konjunktureller Entwicklung. In der anschliessenden Botschaft stützte sich der Bundesrat 1999 auf die Ergebnisse der Studie und schätzte die jährlichen Mehrkos-

ten während der ersten sieben Vertragsjahre auf 210 Millionen Franken und nach Ablauf der Kontingentsregelung ab 2007 auf 370 bis 600 Millionen Franken pro Jahr. Von seinen damaligen Feststellungen will der Bundesrat heute nichts mehr wissen und spricht beschönigend von «keinen erheblichen Kostensteigerungen zu Lasten der Arbeitslosenversicherung».

AHV-Lebensarbeitszeitmodell verunmöglicht

Nach dem Scheitern der letzten AHV-Revision berät das Parlament dieses Jahr wieder über die Renten. Persönlich würde ich das Modell der Lebensarbeitszeit unterstützen. Jede Person könnte nach einer bestimmten Anzahl Berufs- und Beitrittsjahre in Rente gehen. Der freie Personenverkehr macht dieses Modell aber unpraktikabel. Bei Immigranten aus der EU ist es teilweise unmöglich festzustellen, wie lange sie in ihrem Herkunftsland in die Vorsorgekasse einbezahlt haben.

Lohn- und Sozialdruck zwingt SD zur Notbremse

Die Personenfreizügigkeit (und die jahrzehntelange verfehlte Einwanderungs-, Ausländer- und Einbürgerungspolitik) bringt zwangsläufig **Lohn- und Sozialdruck, tiefere Löhne, mehr Arbeitslose, mehr Sozialhilfeempfänger und gefährdete Sozialwerke**. Schon heute verschlingt die Finanzierung des Sozialstaates 30 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes (BIP). Durch die Personenfreizügigkeit wird diese Situation noch massiv verschärft. Deshalb ist ein Doppelreferendum der Schweizer Demokraten (SD) sowohl gegen die definitive Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommen mit allen EU-Staaten wie auch die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien ein zentrales Gebot der Stunde. Zudem wollen wir nicht vergessen: **«Der Wachstumsstopp ist für die überbevölkerte Schweiz langfristig von überlebenswichtiger Bedeutung.»**

Anzeige

Stellengesuch:

Küchenchef / Alleinkoch (42 J./CH)

Koch in ungekündigter Stellung sucht neue Aufgabe.

Wenn Ihnen Kostenbewusstsein, Zuverlässigkeit, speditives Arbeiten mit viel Liebe zum Detail und eine gute allgemeine Betriebszusammenarbeit wichtig sind, könnte dies der Anfang einer längerfristigen, auftragsorientierten Küchenführung sein! **Kt. Zürich / Umgebung, Telefon 043 536 75 26**

Afrika – eine demographische Zeitbombe

Es vergeht kaum ein Tag, ohne dass am Fernsehen Werbespots von humanitären Organisationen ausgestrahlt werden, bei denen ausgemergelte, im Dreck kauern schwarze Afrikanerlein mit Fliegenschwärmen an den Augen und um den Mund uns mit vorwurfsvoller Miene anblicken und so zum Kampf gegen den Hunger in der Welt aufrufen. Bilder solcher Art mit Spendenappell findet man auch in der Presse, vor allem aber in den zahlreichen Broschüren mit beigelegtem Einzahlungsschein, die in unseren Kirchen – egal welcher Konfession – zu Händen der Gläubigen aufliegen. Schuld an den Hungersnöten auf dem Schwarzen Kontinent sind gemäss dieser Hilfswerke einzig und allein die Europäer, die sich auf Kosten der Afrikaner toll und voll frassen, ihre Katzen und Hunde fütterten und zudem an der schädlichen Klimaerwärmung die Hauptschuld trügen. Diese Anklagepunkte werden namentlich von Grünen, Cüplisozialisten und andern Kaviarlinken sowie von kirchlichen Kreisen vorbehaltlos übernommen. Die Quintessenz dieser **Kollektivhysterie** lautet: Der weisse Mensch ist grundlegend schlecht. Also soll er für das während der Aera des Kolonialismus an den eingeborenen Naturvölkern begangene Unrecht geradestehen und bis in alle Ewigkeit Busse tun, d.h. in Form vermehrter Entwicklungs- und Nahrungshilfe Abbitte leisten. Die Tatsache, dass ein erheblicher Teil dieser finanziellen Manna in den Taschen von **korrupten schwarzen Potentaten** verschwindet, und dass es den afrikanischen Völkern, was Ernährung und Gesundheit angeht, seit der Erlangung ihrer Unabhängigkeit schlechter geht als unter den weissen Kolonialherren, wird von den Gutmenschen einfach unter den Teppich gewischt. Auf die eigentlichen Gründe des dortigen Massenelends gehen sie schon gar nicht ein.

«Rivarol», eine Wochenzeitung der nationalen Opposition Frankreichs (1, rue d'Hauteville, FR-75010 Paris), hat in ihrer Nr. 2840 vom 11. Januar 2008 auf den Kern des Übels hingewiesen – die **rasante Bevölkerungszunahme**. Diese demographische Flutwelle wirkt sich bereits auf unseren Kontinent aus, wo praktisch jeden Tag Schwarzafrikaner mit Hilfe von Schleppern auf spanischem und italienischem Hoheitsgebiet (Kanarische Inseln, Lampedusa u.a.m.) landen. Jean Raspails Prophezeiung «Das Heer-



lager der Heiligen» (Hohenrain-Verlag GmbH, Tübingen, 1985, ISBN 3-89180-004-5), 1973 unter dem Titel «Le Camp des Saints» bei den Editions Robert Laffont SA, Paris (ISBN 2-221-08840-9) das erste Mal erschienen, ist keine Science-Fiction mehr, sondern gewordene Tatsache. Was das subsaharische Afrika, also das eigentliche Schwarzafrika angeht, so beruhen die Hypothesen der UNO auf einer hohen Geburtenrate: durchschnittlich 6,5 Kinder pro Frau im Jahre 1990 bzw. 3,5 Kinder im Jahre 2025. Demgemäss wird die Bevölkerung während diesen 35 Jahren alljährlich im Durchschnitt 2,8 % wachsen, d.h. 1/4 der Zunahme der Weltbevölkerung wird afrikanisch sein, was etwa 800 Millionen Menschen entspricht. Dass in den meisten entwickelten Staaten die zur Erhaltung der Volkssubstanz nötige Kinderzahl pro Frau unter 2,1 bleiben dürfte, wurde nicht in Betracht gezogen. **Das wird Folgen haben, da die Natur keinen leeren Raum duldet. Der Einwanderungsdruck wird also weiter zunehmen.**

Afrika – jung und arm

Dazu der islamische Universitätsdozent **Tariq Ramadan** aus Genf in einem Interview mit der «Tribune de Genève» vom 12./13. Januar 2008: «Zu allererst ist die Zuwanderung nach Europa eine Tatsache, ob diese uns nun genehm ist oder nicht. Afrika ist jung und arm, Europa reich und alt werdend; also ist es unvermeidlich, dass das eine zum andern kommt. Dass die europäischen Staaten den Einwanderungsstrom regulieren wollen, ist legitim. Aber unter der Bedingung, dass sie dies im Rahmen der Ge-

rechtigkeit und Würde tun, was längst nicht immer der Fall ist. Indem man die Grenzen schliesst, hindert man die Einwanderer nicht daran, nach Europa zu kommen, sondern macht sie zu versteckten, ausbeutbaren und unterbezahlten Leuten.» Der drohende Unterton Ramadans ist nicht zu verkennen.

In Schwarzafrika sind zwei von drei Personen noch nicht 25-jährig. In China machen die weniger als 25 Jahre alten Leute nur 40 % und in Europa nur noch 30 % der Bevölkerung aus. Die Prophe-



zeiung, dass das subsaharische Afrika wegen AIDS einen Bevölkerungsrückgang erleiden würde, ist ein Irrglaube, da die **Gebärfreudigkeit der Afrikanerin** die durch diese Seuche erhöhte Sterberate mehr als kompensiert hat.

Das Wachstum der Weltbevölkerung verläuft zweifellos exponentiell; sie hat sich vom Beginn des 19. Jh. bis Anfang 20. Jh. verdoppelt, und innert 45 Jahren, d.h. zwischen 1950 und 1995 hat sie

sich von 2,5 Mia. auf 5,5 Mia. mehr als verdoppelt. Von diesen 3 Mia. in der zweiten Hälfte des 20. Jh. geborenen zusätzlichen Menschen stammen deren 2,5 Mia. aus Ländern der Dritten Welt. Somit werden die entwickelten Länder im Jahre 2025 nur noch einen Sechstel der Weltbevölkerung stellen statt einen Drittel wie es heute noch der Fall ist. Dass dieser **demographischen Explosion** die wirtschaftliche Entwicklung nicht Schritt zu halten vermag, liegt auf der Hand. **Weitere Hungersnöte sind also bereits voraussehbar.**

Schwarzafrika hat lange Zeit in einer Stimmung der Nachlässigkeit und Interesselosigkeit an bevölkerungspolitischen Fragen gelebt. In den Jahren 1960–1970, als die lateinamerikanischen und asiatischen Länder eine Politik der Geburtenregelung zu betreiben begannen, verweigerte Afrika diese aus kulturellen und ideologischen Gründen. **Hier macht sich der Islam, die am weitesten verbreitete und einflussreichste Religion in Afrika, deutlich bemerkbar.** Zu diesem Thema schrieb Prof. Dr. Hayrettin Karaman in seinem Werk «Erlaubtes und Verwehrt» (Publikationen der Türkischen Religionsstiftung/54, Ankara 1996, ISBN 975-389-043-5 96.06.Y.0005.54): «Die Argumente, mit denen eine Empfängnisverhütung praktiziert werden kann, sind an bestimmte Bedingungen und Gründe gebunden und rein individueller Art. Eine allgemeine und amtliche Geburtenkontrolle, die mit Begründungen argumentiert, nach welchen die Bevölkerung in geometrischem und die Nahrungsressourcen in arithmetischem Verhältnis zunehmen und die Menschheit ohne Geburtenkontrolle verhungern werde, **findet im Islam keine Unterstützung.**»

Der türkische islamische Gelehrte hat Klartext gesprochen, wofür ihm Dank gebührt. Ist es wirklich an uns Europäern, diese verantwortungslose Politik durch Aufnahme des afrikanischen Geburtenüberschusses in unsere Gefilde und mit Milliarden an Steuergeldern und Spenden noch zu unterstützen? Was unternehmen die von Reichtum nur so strotzenden Emire und Ölscheiche, um die Not ihrer afrikanischen Glaubensgenossen zu lindern? Doch solche politisch inkorrekte Fragen wagen sich unsere moralisierenden Gutmenschen nicht zu stellen.

Max Morf

Die Schweiz den Ausländern

Dr. J.-J. Hegg hat bereits vor langem gesagt – und auch in unserer Zeitung darüber geschrieben – dass «wir Schweizer die Indianer Nordamerikas» sind. Gemeint war damit, dass die Schweizerinnen und Schweizer in nicht mehr allzu langer Zeit in unserem eigenen Land nur noch eine (immer kleiner werdende) Minderheit sein werden und schliesslich nur noch in von den Ausländern geduldeten Reservaten leben würden.

Daran erinnerte ich mich als ich folgende Meldung in der Aargauer Zeitung vom 14.1.2007 las:

Winterthur-Töss

«Im Kindergarten Steig in Winterthur-Töss ist eines von 28 Kindern deutschsprachig (!). Neu wurden deshalb Computer angefordert, weil damit der Unterricht innerhalb der Klasse besser differenziert (!!!) werden könne. Im Budget 2008 bewilligte der

Grosse Gemeinderat deshalb zwei Computer». Meine Meinung: Bei der wahrscheinlichen Vielsprachigkeit der Kindergärtler wären wohl ein Dutzend PCs nötig. Glauben Sie aber nicht, das sei eine Ausnahme. Bereits vor ca. 15 Jahren sprach mich einmal eine Kindergartenlehrerin vis-à-vis von meinem Haus spontan an und sagte völlig entsetzt und verzweifelt, sie wisse überhaupt nicht, wie sie mit den in diesem Jahr neu einge-

tretenen 14 Kindergärtlern kommunizieren solle. Kein einziges sei deutschsprachig und die meisten von ihnen sprechen kein Wort Deutsch. In diesem Quartier wohnten damals «nur» ca. 25 Prozent Ausländer (in anderen Quartieren von Baden beträgt die Ausländerzahl bis zu 35 Prozent). Und das «Schönste» an der Sache war, diese Lehrerin war die Ehefrau eines reformierten Pfarrers von Baden!

Fragwürdige Einbürgerungspraxis

«Weniger» Ausländer durch Masseneinbürgerung

Die Ausländerzahl in der Schweiz wäre noch bedeutend höher, wenn nicht massenweise eingebürgert würde. Seit dem katastrophalen Entscheid des Schweizer Stimmvolkes, Doppelbürgerschaften zu gestatten, ist die Zahl der Einbürgerungen nochmals massiv angestiegen. Hier ein «schönes» Beispiel aus Baden. An der ersten Einwohnerratssitzung (Stadtparlament) am 29. Januar 2008 wurden folgende Ausländer eingebürgert (in Klammern die ursprüngliche Staatszugehörigkeit) – Vorsicht beim Lesen, Gefahr von Zungenbrechen (!): 1.) Farzin Faradjzadeh, (Iran); 2.) Apinya Göcmen, geb. Madoung (Thailand; vom «neuen» Familiennamen her offenbar mit einem Türken verheiratet); 3.) Ramiz Kuci (Serbien/Montenegro) mit Ehefrau Ryve, geb. Cacaj mit drei Kindern Rinol, Rudina und Rigon (das letzte Kind geboren 2007; was beweist, wie «gut» integriert diese Familie ist); 4.) Sasa Lekic (Serbien/Montenegro); 5.) Hasan Oelemezler (Türkei); 6.) Robert Palinkas (Kroatien); 7.) Darko Posavec (Kroatien); 8.) Arulpiragasam Senthilnathan (Sri Lanka) mit Ehefrau Thyanity und den drei Kindern Priyanga, Thivya und Abilash (auch hier zeigt das Geburtsdatum 2005 des letztgeborenen Kindes die «gute» Integration dieser Familie); 9.) Jasmina Trajkovic (Serbien/Montenegro); 10) Milos Trajkovic (Serbien/Montenegro).

Der Letztgenannte wurde am 5. August 1992 geboren; wie weiss ein 15-Jähriger, wo er hingehört. Schlussbemerkung: Baden zählt knapp 17000 Einwohner, es finden ca. 8 bis 9 Einwohnerratssitzungen pro Jahr statt. Mit den eingebürgerten Familienangehörigen wurden also bereits an der ersten Sitzung 18 Ausländer zu Schweizern gemacht, bzw. fallen «elegant» aus der Ausländerstatistik heraus. Auf das ganze Jahr hochgerechnet ergäbe das ca. 150 Personen. Vor ca. 20 Jahren habe ich an einer Einwohnerratssitzung gefragt, warum die Schweiz nicht jedem einreisenden Ausländer, egal ob als Einwanderer oder lediglich als Tourist oder gar als blosser Durchreisender, einfach einen Schweizer Pass in die Hand gedrückt? Somit hätten wir in der Schweiz schlagartig überhaupt keine Ausländer mehr!

Dragan Najman, Baden

Einbürgerungen der Stadt Bern vom 19. Dezember 2007

Türkei 5; Spanien 1; Mazedonien 5; Serbien 16; Bosnien 9; Algerien 1; Deutschland 5; Albanien 2; Sri Lanka 25; Südkorea 1; Kroatien 11; Italien 7; Portugal 1; Rumänien 1; Vietnam 4; China 1

Laut Anzeiger Region Bern 8. 1.08: Total 95 Personen; EU-Bürger: 15; Nicht EU-Bürger: 80; Balkan: 43; Sri Lanka: 25. **Aus 16 verschiedenen Ländern.**

Anzeige

Gesucht:

Geige für Musikschule

möglichst günstig.

Telefon 041 397 01 88



Unsere Einbürgerungen sind zum grössten Teil verfassungswidrig – Massnahmen sind darum dringlich! Hier die bedenklichen Fakten:

In vielen Gemeinden behalten bis zu 90% oder mehr ihr altes Bürgerrecht; sie werden also Doppelbürger!

Der Anteil der Muslime steigt bei Einbürgerungen mehr und mehr – oft sind es über 75%

Doppelbürger diskriminieren Normalbürger!

Oft sind über 90% der Einzubürgernden Doppelbürger! Sie haben gewaltige Vorteile gegenüber jedem Normalbürger! Das widerspricht klar der Verfassung, denn alle sind doch gleichberechtigt! Gezielt werden bei diesen Einbürgerungen als Doppelbürger «beide Augen» zugeedrückt, der Verfassungsauftrag umgangen und so die UNO-Menschenrechte ausgehebelt!

Doppelbürger haben doppelt soviele Rechte wie Normalbürger!

Sie haben zwei Staaten als vollwertige Heimat, sie können in beiden Ländern Liegenschaften und Werte erwerben, Firmen gründen, Handel und Import/Export betreiben.

Davon kann ein Normalbürger nur träumen! Sie haben auch zwei soziale Sicherheitsnetze zur Verfügung (die in keiner Weise aufeinander abgestimmt sind), sind vollwertige und stimmfähige Bürger zweier Staaten. Werden sie straffällig, können sie ausreisen und werden kaum ausgeliefert. Bei einer Mobilisierung der Armee können sie ganz legal ins andere Land «verreisen» und wiederkommen, wenn der Blutzoll der (dummen) Normalbürger geleistet und abgeschlossen ist...

Nicht nur verfassungswidrig – auch skandalös!

...ist das ganz bewusste Einbürgern von Doppelbürgern (mehr als 90%) durch die Behörden, Verantwortlichen, Kommissionen und Versammlungen. Neuerdings versuchen die Regierenden und die Parteien an der Macht dem Bürger auch diese Daten zu verschweigen; «diese Info sei für die Einbürgerung gar nicht wichtig...» – sagen sie.



Kantonalpartei Basel-Stadt:
Jeden 1. Montag im Monat Stamm
ab 19.30 Uhr im Rest. Münchnerhof,
Riehenring 75, in der Nähe der
Tramhaltestelle Messeplatz

Genf 2048

Am 24. Dezember 2007 publizierte die Tribune de Genève einen sowohl überraschenden wie auch interessanten Text. Ein fiktiver Erzähler, der im Jahr 2048 lebt, beschreibt darin die Entwicklung der Stadt Genf bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts. Drei Themen werden insbesondere hervorgehoben: die Änderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung, die Folgen der staatlichen Verschuldung und das verstärkte Zum-Vorschein-Kommen von ethnischen Solidaritäten auf Kosten vom Gemeingut. Obwohl der Titel positiv wirkt («Die ethnischen Gruppen bremsen Genfs Konkurs»), beschreibt der Text in Wirklichkeit dramatische Verhältnisse. Vielleicht treibt der Autor, Etienne Dumont, manche Aspekte auf die Spitze – man kann ihm jedoch dafür dankbar sein, dass er den Mut hatte Fragen aufzuwerfen, die üblicherweise unter den Tisch gekehrt werden. Bevor ich seinen Text kommentiere, werde ich die wesentlichen Punkte zusammenfassen.

Population

Im Jahr 2048 wohnen etwa 1,3 Mio. Menschen in Genf. Die Stadt befindet sich je zur Hälfte in Frankreich und in der Schweiz – eine Situation, die für Spannungen sorgt: Auf der schweizerischen Seite «sind die Einwanderer der vierten Generation noch immer keine Schweizer, während man in Annemasse, Gex oder Ferney (französische Gemeinden um Genf) als Europäer geboren wird». Die aufeinanderfolgenden, zuerst vorwiegend europäischen, danach aussereuropäischen Immigrationswellen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts machten Genf zu einer Stadt, in der alle Nationen der Welt vertreten waren. Zu erwähnen ist, dass der Migrantenstrom ab 2000 mehr aus Asien als aus Afrika kam: Die so genannten «Klimaflüchtlinge» sind nur vorbeigezogen. Wegen der mangelnden Möglichkeiten zogen sie weiter nach Norden, d.h. nach Skandina-

vien und sogar nach Grönland. Die verschiedenen Immigrationswellen führten quasi zum Aussterben der einheimischen Bevölkerung. Die reicheren Genfer wurden durch Steuerinitiativen in die boomenden Kantone Zug oder Schwyz gelockt. Viele historische Geschlechter sind ausgestorben; die übriggebliebenen sind nicht in der Lage, die Bevölkerung zusammenzuhalten.

Die zunehmende ethnische Vielfalt führte zum Verschwinden der einheimischen Bräuche und jeglicher Leitkultur, was die Integration der Ausländer erschwerte. Die kürzlich Zugewanderten meinen: «Ich bin gerne bereit, mich zu integrieren – aber in was?». Der Erzähler beschreibt die Bemühungen, die Lage zu verbessern, als «lächerlich».

Staatsverschuldung

Genf ist eine untergehende Stadt, seit sie nach 2031 von den internationalen Organisationen zugunsten von Luxemburg und Wien verlassen wurde. Die Staatsschulden, die im Jahr 2007 13 Milliarden Franken betragen, stiegen im Jahr 2027 auf 27 Milliarden und erreichten im Jahr 2048 140 Milliarden. Die Folgen sind vielfältig: Die Beamten, deren Gehälter nun unregelmässig ausgezahlt werden, neigen dazu, Schmiergeld zu verlangen. Es mangelt an finanziellen Mitteln, um bestehende Infrastrukturen instand zu halten oder um neue zu bauen: Der Zustand der Strassen verschlechtert sich, und die nötige Brücke über den See wurde noch immer nicht gebaut.

In ihrer Verzweiflung mussten Kanton und Stadt sich dazu entschliessen, staatliches Eigentum zu verkaufen und zu privatisieren: Der Parc de la Grange gehört nun einer russischen Familie, während indische Informatik-Könige den Palais Eynard ersteigerten. Im Jahr 2030 wurde auch die Universität vollkommen privatisiert, was zu ungeheuren Studiengebühren führte: Ein Medizinstudent muss zum Beispiel 170 000 Franken im Jahr zahlen.



Ethnische Solidarität

Dieses Debakel förderte aber ethnische Solidaritäten, die «insbesondere bei den zusammengeschlossenen gebliebenen Gemeinschaften spürbar sind». Diese Gemeinschaften haben u.a. Vereine gegründet, die dabei helfen, eine Steuererklärung auszufüllen, Zahlungsmodalitäten für das Spital zu entwickeln, den Missbräuchen der Beamten stand zu halten oder einen Studienplatz an der Universität zu «erhandeln».

Zusammenbruch?

Gemäss Etienne Dumonts Szenario ist Genfs Zukunft alles andere als rosig. Wie wahrscheinlich aber ist dieses Szenario? Die beschriebenen Erscheinungen lassen sich schon in anderen Gegenden der Welt beobachten. Da wir die Schweiz als entwickeltes und blühendes Land kennen, fällt es uns schwer, uns vorzustellen, dass hierzulande eines Tages Verhältnisse wie in Ländern Osteuropas oder Afrikas herrschen könnten. Etienne Dumonts Beschreibung ruht aber auf einer soliden Logik. Katastrophale Staatsfinanzen könnten sehr wohl auch bei schweizerischen Beamten zu Korruption führen sowie Mängel in der Instandhaltung von Infrastrukturen und die Privatisierung von staatlichem Eigentum bewirken. In diesem Zusammenhang ist es bedauerlich, dass Etienne Dumont nicht näher auf die Ursachen der massiven Staatsverschuldung eingeht. Ist die Ursache eine falsche Verwaltung, eine Wirtschaftskrise, eine Zunahme der Kosten im Bereich der Sozialhilfe? Es wäre ebenfalls interessant zu erfahren, ob die Arbeitslosigkeit in Genf weiter zunehmen würde (heutzutage weist Genf die höchste Quote der Schweiz auf). Wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, die Gehälter seiner Beamten zu zahlen, wie sieht es dann nur mit der Sozialhilfe aus? Und mit Kriminalität? Diese Fragen machen aber nur in Bezug auf einen weiteren Sinn: Wie sieht im Jahr 2048 die gesamtschweizerische Lage aus?

Die Privatisierung der Universität und die ungeheuren Studiengebühren machen ein Studium zu einem Luxus, den sich nur die wenigsten leisten können. Ergibt sich daraus eine Flucht der Köpfe in andere Kantone oder Länder, in denen ein Studium günstiger ist? Oder erlaubt ein Stipendiensystem (wer aber finanziert es?) den Besten, trotzdem in Genf zu studieren?

Interethnische Beziehungen?

Es ist erwiesen, dass Menschen in Härtefällen dazu tendieren, sich auf die eigene ethnische Gruppe zurück zu ziehen. Im Fall von Genf bleibt offen, welche Gruppen am besten zusammenhalten werden. Wie werden sich die Überreste der einheimischen Bevölkerung verhalten? Es sei die Frage erlaubt, wie eine Gruppe zusammenhalten kann, deren ethnisches Bewusstsein an Kraft verliert, deren Familienstrukturen durch hohe Scheidungsraten beschädigt sind und die durch zunehmenden Individualismus gekennzeichnet ist. Diese Eigenschaften können wir ja bereits heute bei einem beachtlichen Teil der schweizerischen Bevölkerung beobachten. Werden sich diese Erscheinungen in den kommenden Jahrzehnten noch verschlimmern?

Wie sehen die Beziehungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen aus? Freundlich oder gespannt? Etienne Dumont schreibt: «In einer finanzschwachen Stadt, in der alles privatisiert wurde, muss man sich vertragen». Dies klingt, als ob sich die ethnischen Gruppen mehr aus Notwendigkeit als aus Überzeugung dulden. Hier kann also nicht von Nächstenliebe die Rede sein.

Sic transit gloria mundi

Der dramatischste Aspekt von Etienne Dumonts Text ist sicher das Aussterben der Einheimischen. Da heutzutage etwa 40 % der Bewohner der Stadt Genf Ausländer sind (eingebürgerte Personen nicht inbegriffen), ist die Gefahr real, dass die einheimische Bevölkerung langfristig durch andere Menschengruppen ersetzt wird. Weil unsere Gesellschaft aber davon ausgeht, dass alle Menschen gleich – und folglich austauschbar – sind, ist es unwahrscheinlich, dass die politische Klasse etwas dagegen unternimmt. Der die zeitgenössische Ökologie kennzeichnende Wille, die biologische Vielfalt zu schützen, gilt nicht für den Menschen...

Jan Mahmert, Bern, ist ein parteiunabhängiger Autor

Anzeige

ART SAVOUR VARGA

Irene Varga aus Berg SG stellt aus:
17.03.-16.05.2008 Kantonsspital SG
Empfangshalle Haus 03
17.04.-20.04.2008 Art & Style
St. Gallen, Olmahalle 3.1

www.artoffer.com/Art-Savour-Varga



Was ist mit unserem Gesundheitswesen los?

Wir alle stöhnen unter den stets steigenden Krankenkassenprämien, dem höheren Selbstbehalt und den stets teureren, neuen (angeblich wirksameren) Medikamenten. Die high-tech Diagnostik und Therapie feiert Triumphe und der Gesundheitszustand des Volkes scheint immer schlechter zu werden. Neue angeblich hochgefährliche Krankheitsbedrohungen tauchen auf und sofort werden neue, teure Behandlungen (Impfungen) empfohlen, ja quasi aufgezwungen. Selbstverständlich zu Lasten der Grundversicherung, die von uns allen getragen werden muss.

Die jüngsten «Schlager» sind die angebliche Pandemiegefahr der Vogelgrippe (deren Erreger zwar noch nicht existiert!) und jetzt der Gebärmutterhalskrebs, der angeblich 1 von 1000 der heute 10-jährigen Mädchen in ihrem Leben (d.h. bis zum Alter von 84 Jahren) einmal bedrohen soll.

Dabei weiss man, dass die meisten Infektionen des Gebärmutterhalses durch die Papillom-Viren von selbst wieder abheilen. Die Impfung dagegen ist im Kontrast dazu nicht nur sündhaft teuer, sondern auch belastend. Bereits sind über 10 Todesfälle als Folge der Impfung bekannt geworden. Trotzdem wird jetzt die Impfung als lebensrettend dargestellt und das grosse Geschäft kommt in Gang.

Zu diesem Thema hat uns Frau S. Rey den folgenden **Leserbrief** zugestellt, den wir hier gerne abdrucken:

Quo vadis Gesundheitswesen?

Zuerst wurde uns mit dem falschen Versprechen (Ruth Dreifuss), die Krankenkassenprämien werden sinken, das obligatorische Krankenversicherungsgesetz untergejubelt. Jetzt sind wir gezwungen, mit unseren bald nicht bezahlbaren Krankenkassenprämien immer skurrilere Projekte zu finanzieren. Nachdem die uns vorausgesagte Pandemie mit dem Vogelgrippevirus wie eine Seifenblase geplatzt ist, kommen unsere Kinder an die Reihe. Dreimal sollen unsere Mädchen gegen Gebärmutterhalskrebs geimpft werden. Und dass es richtig rentiert, sollen auch die Knaben daran glauben.

Dr. Blumberg schreibt HPV 16 und HPV 18 **können** Gebärmutterhalskrebs verursachen. Es gibt aber mehr als 100 HPV-Unterarten und welche davon angeblich Krebs verursachen, dazu ist keine wissenschaftliche Studie erhältlich! Und wo bitte schön ist der Beweis, dass Viren überhaupt Krebs verursachen? Es gibt keinen! Im Zeitalter der Information, kann ich es mir einfach nicht vorstellen, dass Ärzte die diese Impfung empfehlen unwissend sind. Es wurde bis jetzt weder ein Virus nachgewiesen, der Krebs auslöst, noch gibt es eine Langzeitstudie über die Folgen einer solchen Impfung. Todesfälle in den USA hätten unsere Verantwortlichen warnen können. Drei waren bereits kurz nach der Einführung der Impfung im Sommer 2007 bekannt. Bis Oktober



Die enormen Gewinne der Pharmaindustrie basieren auf der Patentierbarkeit neuer Medikamente.

stieg die Zahl sogar auf elf. Hat der Eid des Hippokrates keine Gültigkeit mehr?

Zum Nachdenken zwingen die soeben publizierten 13 Gesetze der Pharmaindustrie in der deutschen Zeitschrift «besser leben 35/2007». Hier sind sie:

1. Die Pharmaindustrie ist eine Investitionsindustrie, deren Triebfeder die Profite ihrer Aktionäre ist. Die Verbesserung der Gesundheit der Menschen gehört nicht zu Motivationen dieser Branche.

2. Die pharmazeutische Investitionsindustrie wurde über ein ganzes Jahrhundert von denselben Investitionsgruppen künstlich geschaffen und strategisch entwickelt, welche die petrochemische und die chemische Industrie weltweit kontrollieren.

3. Die enormen Gewinne der Pharmaindustrie basieren auf der Patentierbarkeit neuer Medikamente. Es sind im Wesentlichen diese Patente, die es den Arzneimittelherstellern ermöglichen, die Profite für ihre Produkte willkürlich festzusetzen.

4. Der Marktplatz für die pharmazeutische Industrie ist der menschliche Körper – aber nur, so lange er krank ist. Aus diesem Grunde ist die Erhaltung und Verbreitung von Krankheiten eine unverzichtbare Voraussetzung für das Wachstum der pharmazeutischen Industrie.

5. Eine wichtige Strategie, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Entwicklung von Arzneimitteln, welche die Symptome lediglich überdecken, während sie gleichzeitig eine Heilung oder die Ausmerzungen von Krankheiten verhindern. Dieses Vorgehen erklärt auch, warum die meisten rezeptpflichtigen Medikamente, die heutzutage vermarktet werden, keine nachweisliche Wirksamkeit besitzen und nur auf die Symptome abzielen.

6. Um ihren pharmazeutischen Markt weiter auszubauen, sind die Arzneimittelunternehmen ständig auf der Suche nach neuen Anwendungen (Indikatio-

nen) für den Einsatz der Medikamente, die sie bereits vermarkten. So nehmen beispielsweise 50 Millionen gesunde US-Amerikaner das Schmerzmittel Aspirin in der Hoffnung, dass es Herzinfarkte verhindert.

7. Eine weitere wichtige Strategie zum Ausbau der pharmazeutischen Märkte besteht darin, neue Krankheiten mit Medikamenten zu schaffen. Die meisten verschreibungspflichtigen Arzneimittel, die heute von Millionen Patienten eingenommen werden, überdecken die Symptome nur für kurze Zeit, verursachen aber eine Reihe neuer Krankheiten aufgrund ihrer bekannten Langzeitnebenwirkungen. So weiss man zum Beispiel von allen cholesterinsenkenden Mitteln, die zurzeit auf dem Markt sind, dass sie das Risiko, an Krebs zu erkranken, erhöhen – jedoch erst nach einigen Jahren.

8. Die bekannten tödlichen Nebenwirkungen von rezeptpflichtigen Medikamenten sind die vierthäufigste Todesursache in der industrialisierten Welt, nur noch übertroffen von der Zahl der Todesopfer, die Herzinfarkte, Krebs und Schlaganfälle fordern (Journal of the Am. Medical Association, 15. April. 1998). Diese Tatsache überrascht nicht weiter, denn die Patente für Arzneimittel werden in erster Linie für neue synthetische Moleküle erteilt. Alle synthetischen Moleküle müssen entgiftet und aus dem Körper entfernt werden, ein System, das häufig fehlschlägt und in einer wahren Epidemie schwerer und tödlicher Nebenwirkungen resultiert.

9. Während die Förderung und Ausbreitung von Krankheiten den Markt der pharmazeutischen Investitionsindustrie immer grösser werden lässt, verringern Vorsorge und die Behandlung der eigentlichen Ursachen die langfristige Profitabilität und werden daher von dieser Branche vermieden oder sogar behindert.

10. Am schwersten wiegt jedoch, dass das Ausmerzen von Krankheiten grundsätzlich mit den Interessen der pharmazeutischen Investitionsindustrie unvereinbar ist und ihnen sogar

zuwider läuft. Die Ausmerzungen von Krankheiten als potenzielle Arzneimittelmärkte vernichtet Milliarden von Dollar an Investitionen und löscht schliesslich die gesamte Branche aus.

11. Wirksame Therapien für natürliche Gesundheit, die beispielsweise den Zellstoffwechsel optimieren, bedrohen das «Geschäft mit der Krankheit» der Pharmaindustrie, denn diese natürlichen Therapien sind nicht patentierbar.

12. Um die strategische Entwicklung ihres Investitionsgeschäftes vor der Bedrohung durch wirksame, natürliche und nicht patentierbare Therapien zu schützen, hat sich die pharmazeutische Industrie ein ganzes Jahrhundert lang der skrupellosesten Methodendebüt: Vorenthaltung lebensrettender Gesundheitsinformationen; Diskreditierung natürlicher Behandlungsmethoden; Rufmord durch globale PR-Kampagnen, die vom Pharma-Kartell organisiert werden; Verbreitung von Lügen über angebliche Nebenwirkungen natürlicher Substanzen; gesetzliches Verbot der Verbreitung von Informationen über Therapien für natürliche Gesundheit.

13. Das Geschäft mit der Krankheit der Pharmaindustrie ist der grösste Betrug in der Geschichte der Menschheit. Das Produkt «Gesundheit», das von den Arzneimittelunternehmen versprochen wird, wird häufig nicht geliefert. Stattdessen bewirken die Produkte in den meisten Fällen genau das Gegenteil: neue Krankheiten und häufig auch den Tod.

Zu ergänzen wäre an dieser Stelle noch ein Hinweis auf den Wahnsinn gewisser Organtransplantationen. Da werden Sterbende (in der Schweiz waren es 2007 deren 81!) ausgeweidet, um Totkranken unter Einsatz irrwitziger Mittel noch etwas Lebensverlängerung zu ermöglichen.* Sehr zur Ehre und zum Ruhm der Transplantationsärzte, zum finanziellen Gewinn der Pharmaindustrie und zum seelisch/geistigen Schaden der Kranken, deren Zeit der irdischen Wandschaft offensichtlich einem raschen Ende entgegengehen müsste. Und statt sich auf den Übergang vorzubereiten, wird die Zeit dann verschleudert mit falschen Hoffnungen der physischen Unsterblichkeit; mit einer Sisyphus-Arbeit zur Verlängerung des Sterbeprozesses.

So, das ist harte Kost; nehmen Sie sich, liebe Leser, liebe Leserinnen die nötige Zeit zu deren Verdauung.

Hans Spitz, Köniz

*In einer kürzlichen SDA Meldung wurde behauptet, es handle sich um tote Organspender, was schlicht nicht stimmt. «Leichenspender» kann es de facto nicht geben, weil deren Organe bereits in Zersetzung übergegangen sind. Etwas anders sind die Lebendspender (Nieren, Teile der Leber, z.B. von Geschwistern) zu beurteilen.

Warum wir alt werden wollen!



Von Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Kein Zweifel – fast jedermann möchte gerne ein hohes Alter erreichen – sofern er gesund ist und seine materiellen Lebensumstände von befriedigender Qualität sind. Und selbst Menschen in wenig erfreulichen Begleitumständen hängen in der Regel am Leben. Der Grund dürfte im meist unbewussten Drang liegen, die uns für unsere irdische Wanderschaft gestellten Aufgaben auch wirklich zu lösen. Dazu aber brauchen wir Zeit, also ein langes Leben.

Die Gretchenfrage heisst in unserem Falle: «Was wollen wir in der uns geschenkten Lebensspanne, in diesen Jahren erreichen?»

Es scheint, dass sich viele Menschen diese Frage weder je stellen noch weniger je beantworten. Sie harren in einer Art Erwartungshaltung der Dinge, die da kommen sollen. Und werden damit zum Spielball – ja, von wem/was eigentlich?

Einerseits von ihren unkontrollierten Emotionen, andererseits von unbedachtem Lebensstil, von den Folgen falscher Verhaltens- und Ernährungsgewohnheiten.

Und doch – es ist offensichtlich, dass unsere Gesellschaft ein früh beendetes Leben tief bedauert. Der Tod alter Menschen hingegen wird in aller Regel ziemlich gleichmütig hingenommen. Erinnern wir uns an die Trauerfeierlichkeiten der am Eiger verunglückten Rekruten. Fernsehübertragung der beeindruckenden Trauergemeinde mit bundesrätlicher Mitwirkung schieben dem Verlust der jungen Men-

schenleben angemessen zu sein. Als die um unsere Partei hochverdiente Frau L.R. 94-jährig starb, fanden sich auf dem Bremgartenfriedhof gerade noch 5 Personen (den Friedhof-Angestellten mitgerechnet) zum Abschied nehmen ein!

Der (fast) überall manifeste Wunsch, das Leben um (fast) jeden Preis zu verlängern, muss tiefere Wurzeln haben. Es kann ja doch wohl nicht sein, dass wir den Zustand des Alters an sich so erstrebenswert finden, dass wir ihn unbedingt auskosten möchten.

Auch bei relativ – d.h. dem Alter angepasster, bester Gesundheit

- verblüht unsere Schönheit – die Haut wird runzelig und die Körperformen erschlaffen;
- die Haare werden schütter – sofern wir überhaupt noch welche haben und sie verlieren ihren Glanz;

- die Muskeln werden schwächer, die Standfestigkeit leidet;

- die Leistungsfähigkeit unseres Gedächtnisses nimmt ab;

- die Sinnesorgane werden stumpfer (Brille und Hörapparat werden zum verbreiteten Accessoire!)

- Die Verbrauchszeichen, die Spuren überstandener Anstrengungen, Krankheiten und Unfällen sind unübersehbar. Man denke an

- Krampfadern, Narben;

- Schlottergelenke und Spreizfüsse;

- Kurzatmigkeit und empfindliche Gelenke;

- schonungsbedürftiges Herz, empfindliche Nieren und Leber

- und die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit nimmt ganz allgemein ab – die notwendigen Erholungszeiten werden länger und immer häufiger ertönt die Entschuldigung «**mer esch halt nöme zwänzgi!**»

Im rein körperlichen Bereich kann der Wunsch nach einem langen Leben also kaum seine letzten Wurzeln haben.



Glücklich, gesund und unabhängig zu sein, ist das Ziel aller Menschen.

Die Angst vor der Veränderung, vor dem Ungewissen nach dem physischen Tod, der Wunsch die Früchte seiner Lebensarbeit zu erfahren und evtl. auch zu geniessen, mag den Wunsch nach einem langen Leben z.T. verständlich machen.

Lebenssinn und Lebensziel festlegen

Für religiös denkende Menschen ist es nicht allzu schwierig, den Sinn des Lebens zu definieren. Dabei kann auf die alte Formulierung im katholischen Lehrbuch – dem Katechismus – zurückgegriffen werden oder die esoterische Haltung akzeptiert werden. Die erstere lautet: «...um Gott zu dienen und einst in den Himmel zu kommen.» Die zweite geht auf die Vervollkommnung während des irdischen Lebens hinaus mit dem Ziel, dem Schöpfer im Jenseits möglichst nahe zu kommen und schliesslich in die Anschauung Gottes einzugehen.

Für den atheistischen Materialisten scheint es wesentlich schwieriger, einen Lebenssinn zu formulieren, der in allen Wechselfällen des Lebens seine Motivationskraft behält.

Das Lustprinzip versagt spätestens bei auftauchenden ernsthaften Leiden. Macht und Besitz werden irrelevant, sobald beide im Übermass vorhanden sind, resp. wenn deren Nutzung im fortgeschrittenen Alter nicht mehr möglich ist. Damit wird dann auch die Formulierung eines gültigen – endgültigen – Lebensziels sehr schwierig.

Für die Gesundheit des alternden Menschen aber ist eine gesunde, positiv gestimmte Psyche von aus-

schlaggebender Bedeutung. Wenn Liebe zu Gott, zur Umwelt und zum eigenen Lebenswerk dominieren, ist eine wichtige Voraussetzung gegeben, um in Gesundheit und Würde alt werden zu können. Umgekehrt rufen negative Gedanken wie Hass, Abneigung, Intoleranz, Vergrämtheit und Unzufriedenheit über die Blockierung zugehöriger Energieströme geradezu nach Leiden und Krankheit.

Was aber ist zu tun, damit wir ein langes Leben erwarten dürfen?

Vorerst einige Gedanken zur Beziehung zwischen unserem Denken und unseren Gefühlen zur Funktionstüchtigkeit unseres Körpers.

Merken wir uns vorerst ganz grundsätzlich, dass unsere Gefühle für die Funktionstüchtigkeit unserer Zellen genau so wichtig sind, wie die rein materiellen Elemente zu ihrer Ernährung. Die Gefühle aber folgen unseren Gedanken.

Am ehesten können wir dies nachvollziehen, wenn wir uns erinnern, wie wir uns innert Minuten ganz anders fühlen,

- wenn uns eine tiefe Liebe erfasst;
- wenn wir Hassgedanken nachhängen;

- oder wenn wir der Angst Raum geben.

Wir wollen auch nicht übersehen, dass allen Gedanken die Tendenz zur Materialisation innewohnt.

Ausserdem ist es wichtig zu wissen, dass wir uns der Auswirkungen von veränderten Gefühlen auf die verschiedenen Funktionen unseres Körpers (Blutdruck, Ausschüttung von Hormonen, Durchblutung von Organen, etc.) in der Regel nicht bewusst werden. Dies, obwohl diese Veränderungen medizinisch oder mit kinesiologischen Methoden durchaus festgestellt werden können.

Nach Servan-Schreiber (in «Die neue Medizin der Emotionen») ergaben verschiedene Untersuchungen, dass negative Gefühle – Zorn, Angst, Traurigkeit und selbst alltägliche Sorgen – starke Pulsschwankungen auslösen und unseren Körper ins Chaos stürzen. – Umgekehrt zeigten andere Studien, dass positive Gefühle wie Freude, Dankbarkeit und vor allem Liebe die Kohärenz, d.h. das harmonische Spiel zwischen dem Sympathikus und dem Parasympathikus fördern.

Die Forderung, nur jene Gedanken zuzulassen, zu denen wir stehen können, ist damit eine zutiefst

Fortsetzung Seite 10



Wohin geht die Reise?



14. - 16. März 2008

3. INT. KONGRESS ALPENPARLAMENT IN BERN (SCHWEIZ)

Naturheilkunde
 Fitness **Ernährung**
 Umwelt **Energie**

Kongress:

Freitag, 14. März 2008, 13:00 - 22:00 Uhr

Samstag, 15. März 2008, 10:00 - 22:00 Uhr

Sonntag, 16. März 2008, 10:00 - 18:00 Uhr

BEAbern
 congress

Besuchen Sie den Kongress und die Gesundheitsmesse in Bern!
3 Tage Vorträge, Events und Ausstellungen zu den Themen: Naturheilkunde, Fitness, Ernährung, Umwelt und Energie.

Freitag, 14. März 2008

13:00 - 13:10 Uhr**Martin Frischknecht**

Eröffnung des 3. Int. Kongresses

13:10 - 13:50 Uhr**Günter Albert Ulmer**

«Der wirksame Weg zu einem dauerhaften Gesundheitsmilieu»

14:10 - 14:40 Uhr**Andreas Clauss**

«Der gegenwärtige Zustand unseres Finanzsystems und die Folgen für Mensch, Natur und Umwelt sowie unsere tägliche Manipulation»

15:00 - 15:40 Uhr**Aloisius Pongratz**

«Mit spiritueller Medizin die Herzen von Kindern berühren»

16:00 - 16:30 Uhr**Ekkehard Scheller**

«Vorinformationen Dunkelfeldmikroskopie»

17:00 - 17:40 Uhr**Markus Kämpfer**

«Leben unter Hochspannung - die zweite Seite der Medaille!»

18:00 - 18:30 Uhr**Urs Surbeck**

«Ein aussergewöhnliches Wasser»

20:00 - 20:30 Uhr**Hans-U. Jakob**

«Elektromog»

20:50 - 21:30 Uhr**Josua Kohberg**

«GLÜCKREICH - lebe glücklich und erfolgreich!»

22:00 Uhr

Schluss der Tagesveranstaltung

Samstag, 15. März 2008

10:00 - 10:40 Uhr**Ljudmila Michajlova**

«Diagnose über das morphologische Feld»

11:00 - 12:00 Uhr**Kaspar Zimmermann**

«Schweiz im Umbruch»

13:30 - 14:10 Uhr**Udo Frind**

«Nanotechnologie als Beitrag zum Energiesparen und Umweltschutz»

14:30 - 14:50 Uhr**Martin Frischknecht**

«Hochfrequenz-TENS-Technik - Neuster Stand»

14:50 - 15:10 Uhr**Dr. Peter Laatsch**

«Hochfrequenz-TENS-Technik in der Praxis»

15:30 - 16:10 Uhr**Markus Rüegg**

«Crash als Chance»

16:30 - 17:10 Uhr**Uwe Karstädt**

«Sie sind nicht krank, Sie sind vergiftet»

17:30 - 18:00 Uhr**Jean Huldli**

«Pflanzliche Öle für Motoren und Speisen»

19:30 - 20:10 Uhr**Heinz Maximilian Biderer und Prof. Dr. Lobinski**

«Das Gesundheitssyndrom. Gesundheit als Ausdruck der persönlichen Lebensführung.»

20:30 - 21:40 Uhr**Ekkehard Scheller**

«Blutanalyse mit der Dunkelfeld-Mikroskopie»

21:45 - 22:30 Uhr**Hubert Küpper**

«Überraschungs-Vortrag»

23:00 Uhr

Schluss der Tagesveranstaltung

Informationen und Auskünfte:

ALPENPARLAMENT

Breiten 67

CH-3636 Forst (Schweiz)

+41.33 356 25 56 Telefon

+41.33 356 40 56 Fax

Internet: www.alpenparlament.com

Sonntag, 16. März 2008

10:00 - 10:40 Uhr**Andreas Clauss**

«Regionalwirtschaft und physische Ökonomie kontra Globalisierung»

11:00 - 11:40 Uhr**Günther Maag-Röckemann**

«Schwertweg - die bewusste Gestaltung des Lebens»

12:00 - 12:30 Uhr**Antoni Mora**

«Gesund altern - bringen Sie Bewegung in Ihr Leben»

14:00 - 14:40 Uhr**Bruno Weihsbrodt**

«Dauerhaft gesund durch naturnahe vegane (Rohkost) Ernährung»

15:00 - 15:40 Uhr**Jo Conrad**

«Von Ängsten manipuliert und wie man sich davon befreit»

16:00 - 16:40 Uhr**Goran Ivkovic**

«Zusammenspiel zwischen Psyche und Körper»

17:00 - 18:00 Uhr**Gesprächsrunde mit allen Referenten****19:00 Uhr**

Schluss des 3. Int. Kongresses

Programmänderungen und Änderungen bei den Referenten und Ausstellern bleiben vorbehalten.

Weitere Informationen: www.alpenparlament.com

GESUNDHEITSMESSE DES ALPENPARLAMENTES

Gesundheitsmesse im Gebäude G1, Halle 130.
 Für die Messe ist keine Anmeldung erforderlich.
 Organisation: Tino Jeremy Mosca-Schütz, www.schwingung.ch



Öffnungszeiten: Freitag, 14. März 2008, 13:00 - 20:00 Uhr
 Samstag, 15. März 2008, 10:00 - 20:00 Uhr
 Sonntag, 16. März 2008, 10:00 - 18:00 Uhr

Öffnungszeiten: Freitag, 14. März 2008, 13:00 - 20:00 Uhr
 Samstag, 15. März 2008, 10:00 - 20:00 Uhr
 Sonntag, 16. März 2008, 10:00 - 18:00 Uhr

Neue Ziele der Gesellschaft - wie erreichbar? Wozu ein Alpenparlament?



Martin Frischknecht
El. Ing. HTL
Unternehmer,
Gründer des
Alpenparlamentes
und Präsident der
Gesundheitspartei
PIG, Forst / BE

Eine neue politische Ausrichtung?

Ich stelle in der Politik zunehmend Ratlosigkeit, Aggressivität, Taktlosigkeit, ja sogar Naivität und Dummheit fest, womit die von der Systempresse irreführende Bevölkerung «geführt» wird. Ist es denn nicht an der Zeit, das Ruder an die Hand zu nehmen und die Gesellschaft anders auszurichten? Wie will man aber das Ruder selber an die Hand nehmen, wenn über das Ziel Ratlosigkeit besteht?

Ein qualifizierter Handwerker kann nur wirken, wenn er geeignete Werkzeuge hat. Das ist auch sinngemäss der Fall, wenn ein Bürger Eigenverantwortung übernehmen will. Er braucht Wissen, denn Wissen ist Energie und macht frei. Da kommt aber ein zusätzliches Hindernis dazu, nämlich die Frage: Was für ein Wissen, woher stammt es und was ist die Absicht dabei?

Eine sogenannte eigene Meinung kann keine wirklich eigene sein, denn praktisch alles, was sich ein Mensch an Wissen in seinem Leben aneignet, geschieht durch Beeinflussung von aussen. Durch Schule, Überlieferung, berufliche Tätigkeit, durch sein soziales Umfeld und heute massgebend durch Radio, Fernsehen und die Systempresse. Es ist bedenklich, mit welchen Tricks und Gemeinheiten die manipulierfähige Masse irreführt wird.

Das ALPENPARLAMENT ist eine logische Konsequenz.

Die deutsche SPD, die österreichische SPÖ und die schweizerische SP haben darüber gesprochen, ihre Politik in der Form eines Alpenparlamentes zusammenzufassen. Dabei werden sie aber auf ein grosses Hindernis stossen! Das Alpenparlament ist bereits existent und nicht nur das, der Name ist gesetzlich seit Jahren geschützt als Wort- und Bildmarke.

Das Alpenparlament stammt für einmal

nicht aus sozialistischen, oder grünen Händen, sondern aus bürgerlichen!

Als «Dach der Welt» wird Tibet bezeichnet. Fasst man die 3 Alpenländer Deutschland (D), Oesterreich (A) und die Schweiz (CH) zusammen, fällt auf, was DACH eigentlich bedeutet. Es bedeutet ein schützendes Dach. Unter diesem Dach soll eine neue verantwortungsvolle, vorbildliche Gesellschaft entstehen. Das Alpenparlament will auch eine neue Politik vermitteln. Es soll eine Politik zur Förderung des Guten und nicht zur Bekämpfung des Schlechten sein. Wichtige Ziele sind:

Errichtung einer unabhängigen Universität für Naturheilkunde, Trennung von Krankenindustrie und Gesundheitswesen, Förderung alternativer Energietechniken, GEN-freie Landwirtschaft, keine Tierversuche, Infragestellung der Atomenergie und vieles mehr bis hin zur Erhaltung der schweizerischen Neutralität in der Form einer direkten Demokratie ohne EU-Beitritt. Ein Mitwirken der Schweizer Demokraten an diesem Projekt ist ausdrücklich erwünscht. Es besteht die Absicht, einen leistungsfähigen Kreis von Gleichgesinnten zu etablieren, um dann mittels Referenden und Initiativen die Politik im positiven Sinne zu beeinflussen.

3. Int. Kongress des ALPENPARLAMENTES: Am Wochenende vom 14. März bis zum 16. März 2008 findet der 3. Internationale Kongress des Alpenparlamentes statt. Einzelheiten siehe www.alpenparlament.com. In den Hallen der BEA Bern, Gebäude G1 wird nebst dem Kongress zusätzlich eine Messe stattfinden zu den Themen: Naturheilkunde, Fitness, Ernährung, Umwelt und Energie. Die Referate in der Kongresshalle sowie die Messe zeigen den Besuchern ein sehr konzentriertes Spektrum an Lösungsvorschlägen für eine bessere Zukunft der Menschheit.

Es werden in Bern auch Delegationen aus Deutschland, Oesterreich, Slowenien, Kroatien, Serbien, Südtirol und aus Übersee erwartet.

Kommen Sie nach Bern und holen Sie sich neue Impulse. Nehmen Sie am Kongress teil, oder besuchen Sie die Messe.

Zu sehen sind Diagnosesysteme für den medizinischen Einsatz aus der russischen

Raumfahrt. Kompetente Referenten im Bereich der Blutanalyse mit Dunkelfeldmikroskopie lassen «ins Blut» schauen. Eine Firma aus Spanien zeigt, wie man den Wirkungsgrad von Automotoren mit Nanotechnologie verbessern kann. Die Motoren verbrauchen weniger Treibstoff und scheiden ca. 50% weniger Schadstoffe aus. Ein Mineralölhersteller aus der Schweiz stellt ein Dieselöl her, welches gegen 93% weniger Schadstoffe bei der Verbrennung erzeugt.

Am Kongress erfährt man auch wichtige Informationen über wirkungsvolle hochfrequente Therapien, über Psychologie, Ultraschall-Lerntechniken, Ernährung, Fitness, über den kommenden Zusammenbruch des Finanzsystems und vieles mehr.

Wie lassen sich die Gesundheitskosten reduzieren?

Der aus meiner Sicht beste Weg ist die klare Trennung der Krankenindustrie von der Naturheilkunde. Dies könnte durch Initiativen erreicht werden. Die klassische Medizin in der Praxis und bereits in der universitären Ausbildung mit ihrem offensichtlichen Gleichschritt mit der Pharmaindustrie soll nun mal beweisen, was sie kann. Diesem System angeschlossen wären auch alle Krankenkassen.

Auf der andern Seite stelle ich mir eine wirkungsvolle Naturheilkunde vor, losgelöst von der Pharmaindustrie. Patienten könnten sich über eine Gesundheitskasse dieser Linie anschliessen und durch Weiterbildungskurse in Ernährung etc. und mit der Teilnahme an Fitnessprogrammen eine Prämienreduktion bei ihrer Gesundheitskasse erarbeiten.

Ich stelle mir auch vor, dass es Kassen geben könnte, die beide Behandlungsmethoden als Paket, oder jede einzeln anbieten würde.

Es ist nicht dasselbe, ob man sich ohne Wissen und Willen einer ärztlichen Behandlung unterzieht, oder ob man gut informiert bei einer Konsultation mitreden kann.

Kenntnisse, speziell im Bereich der Gesundheit und Ernährung sind nützlich. Die wichtigsten Informationen werden der grossen Masse jedoch gezielt vorenthalten oder verdreht, um sie bei der Stange zu halten.

Eine Gesellschaft ist ernsthaft krank, wenn sie sich Gesunde nicht leisten kann.

Das Bewilligungsverfahren von Naturprodukten wird nach den Kriterien der Pharmaindustrie ausgeübt und dabei bleiben viele sehr wirksame, nebenwirkungsfreie und gute Nahrungsergänzungsmittel den Kunden fern. Ein Dr. Scherz der Swissmedic hat Hirse als «Arzneimittel» bezeichnet und somit sei Hirse für den Verkauf nicht zugelassen, ausser es liege eine wissenschaftliche Studie vor, die beweist, dass Hirse gesund sei. Ja wo bleibt denn da die zwangsläufige Schliessung aller Bäckereien, die Hirse verarbeiten?

Mit der Swissmedic haben sich gewisse Kreise ein Institut geschaffen, welches sich ohne Zweifel eine gewisse Narrenfreiheit erlauben kann. Das Schweizerische Heilmittelgesetz hat wenig mit Heilmitteln zu tun. Es ist eine Zwangsjacke der Naturprodukte und eine freie Autobahn für Pharmaprodukte. Ich verlange demnach ein unabhängiges Kontrollinstitut, welches Naturprodukte kontrolliert und freigibt. Man könnte es NATURAMED nennen.

Die Swissmedic soll sich um ihre Pharmafreunde und Pharmaklienten kümmern. Zudem sind Pharmaprodukte gar keine Heilmittel. Es sind meist giftige Substanzen zur Unterdrückung von Symptomen, welche in seltenen Fällen bei kurzzeitiger Einnahme durchaus eine Wirkung haben können, jedoch nie ohne Nebenwirkungen. Keine Forschung der Pharmaindustrie darf zum gesundheitlichen Erfolg führen. Diese würde sonst logischerweise zum Absatzverlust von Pharmaprodukten führen. Die Forschung hat nur die Umsatzsteigerung zum Ziel. Verlierer sind immer die Kranken, denn Heilmittel können nur aus organischen Substanzen bestehen.

In der Folge drängt sich die Errichtung einer Naturheilkunde-Universität auf, wenn möglich auf dem Niveau einer Fachhochschule FH. Das Programm zur Schulung der Studenten wird zur Zeit im Alpenparlament erarbeitet. Die Naturheilkunde ist eine ganzheitliche Heilkunde, um den Menschen zu einer stabilen Gesundheit zu verhelfen.

Martin Frischknecht, El. Ing. HTL
www.alpenparlament.com

Warum wir alt werden wollen

Fortsetzung von Seite 7

präventive Massnahme zur Erhaltung der körperlichen Gesundheit. Es ist zu beachten, dass Gefühle nicht nur als Antwort auf äussere Eindrücke, als Antwort auf Informationen durch die Sinnesorgane entstehen.

Gefühle entstehen auch als Ausfluss unseres Denkens. Dieses aber unterliegt ganz klar unserem Willen; es ist also steuerbar.

Um in unserem Alltag ohne Unterdrückung unserer Gefühle, also mit einem Minimum als Stress leben zu können, ist es gut, wenn wir in unseren Beziehungen klaren Wertvorstellungen folgen. Sauberkeit im Geschäftsleben und in der Familie sind wertvolle Hilfen zur Gesunderhaltung. *(Damit verweise ich bewusst auf eine Schwachstelle unserer heutigen Gesellschaft, in der rund 50% der auf lebenslang gültigen Versprechen basierenden Ehen geschieden werden!)*

Nicht zu vergessen ist auch der Umgang miteinander ganz allgemein. Wie leichtfertig werden doch oftmals durch Lieblosigkeiten und Schrofheiten schwere seelische Wunden geschlagen, die später in physischen Krankheiten zum Ausdruck kommen (psychosomatische Leiden!). Die oft beschworene Hypothese des «links hinein – rechts hinaus» ist recht eigentlich ein Selbstbetrug. Dabei wird die Rolle unseres, jeden Vorfall registrierenden Unterbewusstseins, völlig vergessen.

Durch wissenschaftliche Versuche sind die beiden folgenden Aussagen belegt:

«Die affektive Beziehung ist ein ebenso reales und ebenso wichtiges Konzept wie jedes Medikament und jede chirurgische Intervention.» Und «Wir wollen lachen, aber auch weinen können, wollen uns mit unseren Gefühlen verstanden wissen. Wir wollen spüren, dass wir für ein anderes Lebewesen wichtig und hilfreich sind, und wir brauchen ein Minimum an warmerherzigem Körperkontakt. Wir wollen ganz einfach geliebt werden.

Im Alter, wenn wir durch unser Äusseres an Attraktivität verloren haben, ist die Umsetzung des obigen Wissens doppelt wichtig.

Und nochmals – wieso will ich also alt werden?

Wer als einziges Ziel «das Geniessen» der Möglichkeiten hat, welche unsere Zivilisation dem alten Menschen bietet, dem wird das «Geniessen» mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht das «alt werden», wohl aber das «gesund alt

werden» verunmöglichen. Und damit wird dann auch das Geniessen eher unwahrscheinlich. Neben den oben angegebenen Hinweisen scheint das Ziel dieser gewonnenen Jahre, von extrem grosser Bedeutung zu sein.

Für eine 97-Jährige, die ihr Ziel 100 Jahre alt zu werden mit dem dringenden Wunsch begründet, dann den legendären Schaukelstuhl von den Behörden geschenkt zu bekommen, mag dieser rein materielle Wunsch genügen (kürzliches Beispiel aus einer Radiosendung!).

Wenn – als reales Beispiel – ein 65-jähriger, soeben pensionierter Gymnasiallehrer noch ein Hilfswerk für Flüchtlinge in Afghanistan aufbauen wollte, so war dies ein grosses und lohnendes Ziel. Der heute 85-Jährige, der sich noch guter geistiger und körperlicher Frische erfreut, hat sich mit diesem grossen Ziel, dieser gewaltigen Aufgabe, seinen Wunsch «gesund alt werden zu können» offensichtlich erfüllt.



Ein erfolgreicher Unternehmer, Diplomingenieur, setzte sich mit 70 Jahren das Ziel, basierend auf seinen Berufserfahrungen noch eine Doktorarbeit zu machen. Tatsächlich errang er mit dem erfolgreichen Doktorat nicht nur seinen Dokortitel, sondern gleichzeitig einige Jahre glücklichen, gesunden Alters. Doch können die Ziele auch viel bescheidener und trotzdem ebenso wirkungsvoll sein. Zu denken ist etwa

– an die Grossmutter, die an ihren Enkeln Mutterpflichten erfüllt, um ihre Tochter zu entlasten;

– an den älteren Mann, der sich im Sozialbereich z.B. als Chauffeur für Behinderte engagiert; und nicht zuletzt an alle jene, die durch ihr Gebet und ihr Wirken zum Frieden auf der Welt beitragen!

Und damit könnte das «alt werden» für jedermann zu einem wahrhaft lohnenden Lebensziel werden.

Bundespräsident Couchepin muss weg

Was sich unser Bundespräsident wieder einmal geleistet hat, ist wohl einmalig. An einer Sitzung der Wirtschaftskommission des Nationalrats hat Bundesrat Pascal Couchepin laut Medienberichten vom 6. Februar 2008 offenbar statt Mengele «Dr. Mörgeli» gesagt. Laut Teletext sagte Couchepin wörtlich «fast hätte ich Doktor Mörgeli gesagt, natürlich meine ich aber Mengele».

Für alle, die es nicht wissen, der Arzt Dr. Josef Mengele war der berühmte Naziverbrecher, der



während des Zweiten Weltkriegs im Konzentrationslager Auschwitz sadistische Versuche an lebenden Menschen durchgeführt hat. Mengele soll bei diesen Versuchen 20 000 Menschen ermordet und über 200 000 mal Beihilfe zum Mord geleistet haben. Besonders makaber dabei ist, dass das zu behandelnde Thema der nationalrätlichen Kommission «Forschung am Menschen» hiess.

Ein blosser Versprecher, wie Couchepin nachträglich behauptet hat, war es also wohl kaum. Ein solcher Minister, und dazu noch als Regierungschef, müsste umgehend demissionieren.

Dragan Najman, Baden

Empörung über Dr. Gutzwiller erstaunt

Betr. Leserbrief in der AZ vom 16.1.2008. Paul Thürig aus Zürich und Maja Frey-Baumann aus Buchs empören sich darüber, dass Prof. Dr. Felix Gutzwiller aus Zürich (wo hat der wohl seinen «Doktor» gemacht, bzw. seinen Eid des Hippokrates abgelegt?), sich immer wieder für die Lockerung der schweizerischen Drogenpolitik, vor allem u.a. die völlige

Freigabe von Marihuana und Haschisch, einsetzt.

Mich erstaunt diese Einstellung des «Präventivmediziners» Gutzwiller gar nicht, im Gegenteil, sie ist logisch. Der sagt sich doch: «Je mehr Drogensüchtige es gibt, desto weniger wird mir je die Arbeit ausgehen und umso sicherer ist mein Job!»

Dr. Dragan Najman, Baden

Ungeeignete, eingebürgerte Soldaten

Zum dritten Mal innert kurzer Zeit hat ein eingebürgerter Soldat mit der Armeewaffe trauriges Unheil angerichtet. In Baden (AG) ein Iraker, vor wenigen Wochen ein Chile in Höngg und zuvor ein eingebürgerter asiatischer Soldat an der Langstrasse in Zürich, dort allerdings ohne Tote. Von diesem Umstand spricht man in gewissen Medien nicht gerne. Das zeigt ganz deutlich auf, dass in vielen Fällen die gelobte Ausländer-Integration gar nicht möglich ist, selbst bei in der Schweiz geborenen Personen. Die Mentalität, das Verhalten, die Einstellung, ist bei vielen dieser Leute weit von derjenigen der Einheimischen entfernt und kann auch nicht mit kostspieligen, vom Steuerzahler bezahlten (!) Programmen, geändert werden. Das ist die Realität. Wo sind da die hohen Offiziere, die das Problem in der Armee genau kennen und trotzdem schweigen? Fehlt da der Mut oder geht die Karriere vor?

Genau solche Vorfälle sind Wasser auf die Mühle der rot-grünen Armee-Abschaffer und Waffeneinzieher. Es sind denn auch diese Aktivisten und die lieben Gutmenschen, die an dieser Situation mitschuldig sind. Sie bürgern ein, möglichst schnell und möglichst viele, vielfach auch absolut ungeeignete Bewerber mit mässigen Sprachkenntnissen. Sollte dies gegen den Volkswillen geschehen, hilft das Bundesgericht oder die berühmte ARK mit ihren vielfach lebensfremden Entscheiden mit. Die fatalen Auswirkungen der grosszügigen Masseneinbürgerungen, vor denen wir immer wieder warnen, beginnen sich immer drastischer abzuzeichnen. Anstatt endlich die Augen zu öffnen, bezeichnet man die mutigen Warner pauschal als «fremdenfeindlich», was rein gar nichts zur Lösung des Problems beiträgt und dazu auch völlig daneben ist.

P. H. Kuhn, SD Bezirk Dielsdorf

SD-Beschwerde gutgeheissen

Mit Beschluss vom 31. Januar 2008 hat der Bezirksrat entschieden, dass der Zürcher Gemeinderat das Postulat der Schweizer Demokraten (SD) betreffend die Fernhaltung des sogenannten «UNO-Sonderberichterstatters für Rassismus», Doudou Diène, zu Unrecht für ungültig erklärt hat. Der Bezirksrat weist das Stadtparlament an, das Postulat ordnungsgemäss unter seinem ur-

sprünglichen Datum auf die Traktandenliste zu setzen. Damit hat die Zensurpolitik des gegenwärtigen Gemeinderatspräsidenten Schiffbruch erlitten. Die Schweizer Demokraten wollen erreichen, dass der frechen Einmischung des Berichterstatters über sogenannten «Rassismus» – gemeint ist die Abwehr übermässiger fremder Einflüsse – Einhalt geboten wird.



Multikulturell = Multikriminell

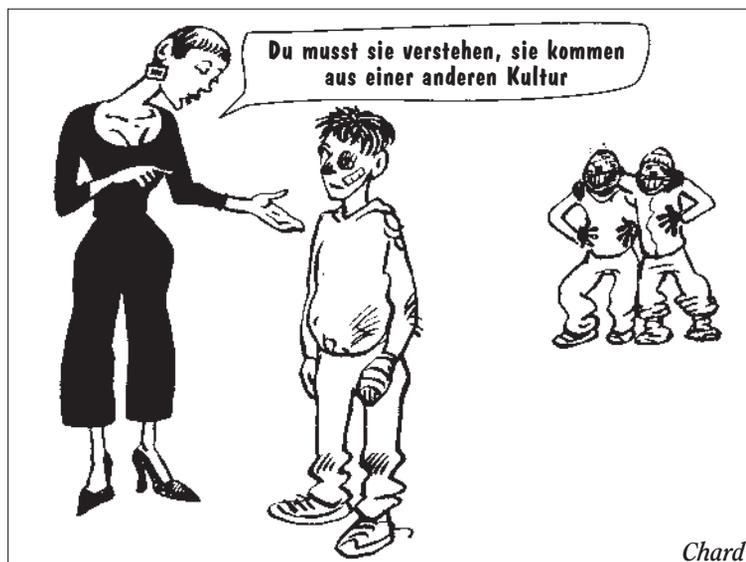
In dieser Rubrik veröffentlichen wir jeweils nur wenige, besonders krasse Vorfälle, welche zeigen sollen, wie die Schweiz immer mehr zum Tummelplatz ausländischer Krimineller wird bzw. wie Ausländer die ethnischen Auseinandersetzungen in ihren Ursprungsländern in der Schweiz austragen. Eigentlich logisch, wenn sie dieselben nämlich in ihren Heimatländern austragen würden, würden sie mit Sicherheit viel strenger bestraft als in der Schweiz mit unserer multikulturellen Streichel-Justiz.

Aus NZZ, 17. Januar 2008: Das Bezirksgericht Zürich hat einen 20-jährigen Schweizer kolumbianischer Herkunft wegen einer Serie von 20 sehr brutal ausgeführten Überfällen auf Passanten zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. (Immerhin hat die NZZ es «gewagt», nicht nur «Schweizer» zu schreiben, sondern auch sein ursprüngliches Heimatland erwähnt; Gratulation zu dieser «Zivilcourage», die Red.). Wie nicht anders zu erwarten, wurde zuerst einmal auf die Tränenrüden gedrückt, indem der erste Satz lautete: «Seine Kindheit war nicht schön, an welchem Tag im ersten Halbjahr 1988 er geboren wurde, weiss niemand». (Ach wie «schrecklich», der arme Mann weiss nicht einmal, wann genau er geboren ist; das entschuldigt ja wohl, dass er die Schweiz als Selbstbedienungsladen ansieht, die Red.). Der Titel des Artikels lautete: «Tritte gegen den Kopf von wehrlosen Opfern» und sagt eigentlich schon alles. Weiter hiess es, dass er bereits früh mit dem Gesetz in Konflikt gekommen ist und er seit dem 13. Lebensjahr in Erziehungsheimen, Arbeitserziehungsanstalten und ein Jahr auf einem Jugendschiff verbrachte. Ferien auf letzterem ist heute wohl die «moderne» schweizerische Art von «Bestrafung» von Jugendkriminalität. Wieviel diese nützt, zeigt dieser

Fall wieder einmal überdeutlich. Auf eine weitere Detailbeschreibung dieser jugendlichen Verbrechertourbahn kann man verzichten. Der Richter am Bezirksgericht Zürich stellte jedenfalls richtigerweise fest, dass der 20-Jährige wegen bandenmässigem Raubes bereits unzählige Chancen gehabt hat, er keine weitere mehr verdiene und verurteilte ihn zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren. Da er als dreijähriger von einem Schweizer Paar adoptiert worden ist, ist er wohl auch Schweizer und kann also bis an sein Lebensende von der grosszügigen Schweizer Justiz profitieren.

Verräterische Spur auf dem Cocifläschchen. Das Bezirksgericht Brugg hat zwei Einbrecher aufgrund von Indizien schuldig gesprochen. (AZ 23. Januar 2008)

Dies die Titel und Untertitel zu einem grösseren Artikel. Zwei junge Männer, die aus der Türkei stammen (immerhin steht nicht «Schweizer», die Red.) und die sich kennen, seit sie im Aargau die Schulbank gedrückt haben, waren angeklagt des bandenmässigen Diebstahls, mehrfacher Sachbeschädigung und mehrfachen Hausfriedensbruchs. Dem einen Angeklagten wurden zudem Verstösse gegen das Strassenverkehrs- und das Betäubungsmittelgesetz vorgeworfen. Sowohl in der Untersuchung wie vor Gericht bestritten beide Angeklagten die ihnen zur Last gelegten Einbrüche, dies trotz der nachgewiesenen DNA-Spuren. Der eine meinte: «Kann sein, dass ich dort war, aber ich weiss, dass ich nirgends eingebrochen habe. Wenn ja, dann wüsste ich es.» Die beiden halten die Schweizer Justiz offenbar für noch dümmer als sie ohnehin schon ist. Wobei ich persönlich etwas daran zweifle, ob unsere Richter nicht doch etwas dumm oder zumindest sehr leichtfertig sind, was folgende «Urteile» belegen: Der eine Täter wurde mit



Chard

Ausländer prügeln schon wieder einen Schweizer zu Tode

dnb. Nachdem vor einigen Wochen in Aarau ein junger Mann zu Tode geprügelt worden ist, haben Ausländer schon wieder zugeschlagen – und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. In Locarno ist an der Fasnacht ein 22-jähriger Schweizer von einem aus Bosnien und zwei aus Kroatien stammenden Halunken derart zusammengeschlagen worden, dass er kurz darauf im Spital seinen schweren Kopfverletzungen erlag. Wie bei Leuten aus gewissen Ländern üblich, genügte es den Typen nicht, ihre Opfer «nur» niederzuschlagen. Das wehrlose Opfer wurde, als es bereits widerstandslos am Boden lag, weiterhin mit Fusstritten traktiert und zwar wie üblich, gezielt gegen den Kopf. Diese Leute wissen ge-

nau, dass sie damit dem Opfer die schwersten Verletzungen zufügen können und nehmen dessen Tod ganz bewusst in Kauf.

Leider sind zwei der drei Täter eingebürgert und können so wahrscheinlich nicht einmal des Landes verwiesen werden. Die Frage stellt sich, wer solche Leute einbürgert, denn laut Medienberichten sollen diese bereits durch frühere Gewalttaten gegen Personen aufgefallen gewesen sein.

Es ist höchste Zeit, dass Bund und Kantone das Einbürgerungsverfahren endlich ergänzen, sodass eingebürgerte Personen, welche die Sicherheit der Schweiz oder ihrer Einwohner gefährden, wieder ausgebürgert werden können.

23 Tagessätzen zu 80 Franken und einer Busse von 300 Franken und der andere zu einer Freiheitsstrafe von zwei Monaten sowie einer Busse von 600 Franken «bestraft» (oder müsste man nicht vielmehr belohnt sagen?). Selbstverständlich alle «Strafen» bedingt ausgesprochen. Ich frage mich schon lange, was diese neuartige «Bestrafung» von bedingten Bussen oder Tagessätzen eigentlich soll? Das wäre ungefähr dasselbe, wie wenn Lehrer Arreststrafen oder Strafaufgaben bedingt erlassen würden. Aber was nicht ist, kommt vielleicht noch bei einer nächsten Schulgesetzrevision.

AZ 29. Januar 2008: Ein 27-jähriger, in der Schweiz geborener Türke wurde 2003 arbeitslos. Er hatte zu viel Zeit und zu wenig Geld und so war es logisch, dass er auf «dumme» Gedanken kam (so hiess es wörtlich in der AZ; worin hier

die Logik besteht, weiss wohl nur der Schreiberling der AZ oder ist das türkische Logik?). Es lagen u.a. folgende Delikte vor: 2003 Überfall auf ein Restaurant mit zwei Komplizen, Beute 2500 Franken. Dazu fünf Einbrüche bzw. Versuche, Beute 5000 Franken, angerichteter Schaden 4000 Franken. Dazu kamen Warenhausdiebstähle (Beute über 1000 Franken). 2006 war der Türke bereits zu 4 Monaten bedingt verurteilt worden wegen Raufhandels und Nötigung. Seither ist er, zumindest laut seinen eigenen Angaben, «ein anderer Mensch geworden». Deshalb wurde die Mindeststrafe für Raub von 2 Jahren auf 20 Monate reduziert, natürlich bedingt (zumindest bei unserer unfähigen Justiz ist das «natürlich», die Red.), um die angeblich «positive Entwicklung

Fortsetzung Seite 12

Multikulturell = Multikriminell

Fortsetzung von Seite 11

nicht zu gefährden». Ich frage mich, würde ein Schweizer auch so mit Samthandschuhen angefasst? Zumindest in der Türkei sicherlich nicht.

AZ im Januar 2008: Eine Lehrtochter zockte ihren Lehrbetrieb innert eines Jahres um sage und schreibe 120 000 Franken (in Worten hundertzwanzigtausend) durch 616 Fehlbuchungen ab. Sie verbrauchte das Geld u.a. durch stundenlanges Telefonieren mit ihrem Freund im Kosovo (sie selber stammt wohl auch von dort). Sie wurde zu einer «Aufmunterungsstrafe» von 15 Monaten bedingt verurteilt! Und der Tiefpunkt: Diese Rotzgöre (ich hoffe nicht, dass dies unter das Antirassismusgesetz fällt) zog dieses Urteil weiter bis vor Bundesgericht – eine Frechheit sondergleichen. Die ertrogenen Gelder sowie die Gerichts- und allfälligen Anwaltskosten können sich die Betroffenen wohl ins Kamin schreiben. Auch wenn ich mich wiederhole: Gewisse Leute «aus dem Urwald» glauben wohl, sie könnten sich in der Schweiz alles erlauben. Aber die Ministrafen, die unsere Gerichte in solchen Fällen jeweils aussprechen, geben diesen Leuten ja auch recht.

Massenprügelei mit Eisenstangen

Unter diesem Grosstitel erschien in der AZ vom 6. Februar 2008 folgende Meldung: Am Freitag, dem 1.2.2008, lieferten sich in Brugg (AG) über 20 Männer aus Serbien und Mazedonien eine Massenschlägerei. Ein Serbe soll die Freundin eines 20-jährigen Mazedoniers angeschaut haben. Der Serbe aus dem Kanton Solothurn organisierte telefonisch Verstärkung. Auch der Mazedonier erhielt Hilfe von Landsleuten. Schliesslich lieferten sich mehr als 20 Männer mit Eisenstangen, Latten und einer Schaufel eine regelrechte Strassenschlacht. Gemäss der anrückenden Polizei soll auch ein Messer im Spiel gewesen sein (bei der Nationalität der Beteiligten muss man eigentlich fragen «was, nur ein einziges Messer?»). Zehn Schläger wurden verletzt, vier von der Polizei verhaftet, der Gesamtschaden beläuft sich auf 15 000 Franken. Es bewahrheitet sich immer mehr, die Schweizer Demokraten bzw. die Nationale Aktion erhalten zum x-ten Mal Recht. Seit Jahrzehnten warnen die NA/SD davor, dass die Schweiz zum Tummelplatz für alle möglichen (es handelt sich zwar eher um unmögliche) Leute aus aller Welt wird.

Dragan Najman, Baden

Schlägereien

Die Statistik zeigt folgenden Verlauf: 2007 waren bei Schlägereien 81 Prozent Kopfverletzungen zu verzeichnen, 2006 «nur» 60%. 2007 waren 20% Brüche des Gesichtsschädels zu verzeichnen, 2006 «nur» 10%. Innert eines Jahres erfolgte also eine Verdoppelung. Es wird laut Medien offenbar immer öfter gezielt gegen den Kopf geschlagen bzw. getreten.

Ohrfeige für Ausdruck**«Arschloch» – ALV ist empört**

Laut Radio Argovia vom 6. Februar 2008 hat in Frankreich ein Lehrer einem Schüler eine Ohrfeige gegeben, weil dieser ihn mit «Arschloch» betitelt hat. Dies geschah, weil der Lehrer den Schüler aufgefordert hatte, sein Pult aufzuräumen. Der französische Regierungschef François Fillier hat laut Radio Argovia den Lehrer in Schutz genommen. Diese Meldung allein wäre nicht erwähnenswert, wenn nicht der Aargauische Lehrerverein ALV sich nicht empört gezeigt hätte – weniger über die Ohrfeige an sich, sondern wegen der «Reinwaschung» durch den französischen Regierungschef. Und da wundert man sich, dass in der Schweiz die Jugend keine Grenzen kennt, wenn wir solche Lehrer haben. Zum Schutz der Lehrer muss allerdings erwähnt werden, dass der ALV zwar die aargauischen Lehrer repräsentieren sollte, aber wie so oft – der Verband nicht unbedingt die Meinung der Mehrheit der Lehrer vertritt.

*Dragan Najman,
pens. Bezirkslehrer, Baden*

Rotfähnchen und Weisskreuzlein

*Bernadette
Reichmuth,
Goldau, alias
«die Stauffacherin»*

Es war einmal ein schönes Land in dem man Ruh und Anstand fand. Dies gefiel dem Teufel nicht, drum folgende Wort' er spricht:

Ich will Multikulti haben, eure Kultur könnt ihr begraben! Mina-rette sollen stehn, dort könnt ihr zur Kirche gehn! Die Schweiz will ich ruinieren und sie ganz zubetonieren. Ich will keine Alpen sehn, hier sollen Bauruinen stehn. Mord und Totschlag will ich haben. Ab und zu auch einen begraben. Strafen wäre denkbar schlecht, denn sie haben Sonderrecht.

Grenzen dürfen keine sein, denn es soll ja jeder rein! Den Lohn müsst ihr euch teilen, denn immer mehr werden hierher eilen. Denn ich hab einfach über Nacht, die Schweiz für jeden zugänglich gemacht.

Grüner Umweltschutz wird hoch geschrien und dabei bekommt man eine Medaille verliehn! Man hat aber nicht bedacht, dass der viele Dreck der Mensch gemacht. Nein, man will sogar noch mehr von der Menschenpracht! Und drum acht ich sehr, dass es wird viel schlimmer. Listig mische ich Schwarz, Rot und Grün und man wird sie umerziehn.

Da ich ganz der Teufel bin, sitze ich im grossen Häuschen drin! Das

habt ihr freundlichst zu akzeptieren, denn wir wollen doch in Konkordanz harmonieren!

Mit den Wirtschaftsbossen war er schnell verbunden und hat eine Allianz gefunden. Denn die Gier nach Macht und mehr, gefiel dem Teufel sehr. Ist alles ruiniert, lebt der Teufel ungeniert!

Und wollt ihr doch mal was Übles vermeiden, dann müsst ihr Unterschriften schreiben. Im Schweisse eures Angesichts, denn 99tausend reichen nicht. Und ist euer Ziel dann doch erreicht, ihr nach Abstimmung sehr erleicht. Denn der Sieg ist nicht erreicht?!

Damit ihr ja nicht auf die Idee kommt zu studieren, tue ich die Gedanken schon im Kindergarten ruinieren!

Denn Multikult ist jetzt in, wer mal ein guter Schweizer werden will. Wer anders denkt ist böse und recht. Dem geht es jetzt in Zukunft schlecht. Denn nur die anderen haben recht!

Und damit das Ganze auch gerecht bleibt, sich jeder bald als Schweizer schreibt. Drum hab ich im grossen Sack einen Pass, für jedes Lumpenp...!

Den Mund will ich euch stopfen, solltet ihr mal ne' falsche Silbe klopfen! Ihr habt zu akzeptieren wie es ist, sonst seid ihr Rassist.

Die Heimat sollt ihr ausverkaufen, damit ihr ohne Boden bleibt. Dann seid ihr sicher eines Tages dem Hungertod geweiht. Doch könnt ihr dann essen euer Geld und davon träumen wie schön sie war, die Schweizerwelt!

Fürio und Feuer frei

(Erschienen im St. Galler Tagblatt am 26. Januar 2008)

Im Mittelalter war es für eine Stadtrepublik wie St. Gallen guter Brauch, eigene Heerhaufen samt Artillerie im Sold zu haben.

Ab und zu schickte man sie aus, um Nachbarn zu verhauen – wie 1408 die Bregenzer. Was zwar nicht immer gelang, dem Stolz auf die eigenen Kanonen aber keinen Abbruch tat.

Für St. Gallen sind die Zeiten von Soldaten und Kanonen vorbei. Eine einzige Kanone steht in der Gallusstadt noch im Dienst. Sie gehört dem Artillerieverein, und mit ihr wird am Vorabend des Kinderfests ab der Falkenburg geböllert. Das gute Stück kommt aus Frankreich: Gegossen wurde es 1743 in Lyon. Nach den napoleonischen Kriegen kam es zusammen mit Appenzeller

Söldnern in die Ostschweiz. Heute amtiert Roland Uhler als ihr Chefkanonier.

Am letzten Samstag besuchte der ehemalige Stadtparlamentarier mit seiner Kanone wieder einmal entfernte Nachbarn: Im Städtchen Rheineck eröffnete er die Fasnacht. Es habe alles geklappt, erzählte er. Nicht so, wie vor sechs Jahren, als die Pulverladung zu gross geraten war und im Rathaus des Städtchens Scheiben zu Bruch gingen. Uhler will am 16. März für die Schweizer Demokraten in den Kantonsrat, was jenen schlaflose Nächte bereiten könnte, die am Sicherheitsdispositiv rund um die Sessionen des Parlaments beteiligt sind. Zur Beruhigung: Die Wahlchancen von Roli Uhler sind nur klein. Und – so hat er gestern präventiv versprochen – wenn er

doch gewählt würde, werde er jeweils ohne Kanone zu den Debatten im Kantonsratssaal erscheinen!



Roland Uhler mit Kanone. (pd)



L'Union européenne se construit dans un flou artistique



Mary Meissner,
Vernier

Depuis que la France a repris le gouvernail de sa grandeur passée grâce aux bons offices du tsar Nicolas Sarkozy qui attend l'investiture de la présidence de l'UE dans les mois à venir avec l'impatience de son tempérament, aucun des 27 Etats présentement unis n'ose élever une critique, encore moins des félicitations sur le contenu exact de cette Constitution rénovée. Et pour cause. A part quelques retouches superficielles et une phraséologie

encore plus obscure pour noyer le poisson des réalités, le contenu des articles n'est compris de personne et aucun citoyen n'est en mesure de dire clairement où nous allons tous. Si j'inclus la Suisse dans ce contexte, c'est parce que le voulant ou non, nous sommes obligés comme excroissance colatérale, d'émerger aux décisions générales appliquées par les autres pays européens qui n'ont pas pu décider par référendum d'un quelconque refus ou d'une quelconque acceptation de ce pensum. Ils sont comme les moutons de Panurge qui se jettent à l'eau à la suite de quelque leader aux utopies virtuelles tout en se défiant quand même des conséquences peut être pires que celles d'aujourd'hui parce que difficiles à cerner derrière la brume

cachant une quantité d'engagements qui pour l'instant, flottent dans le flou artistique absolu. De plus, aucun point constitutionnel ne précise quel compétence, ou capacité prouvée, quelle position gouvernementale ou diplôme devront être présentés pour occuper des positions à responsabilité institutionnelle européenne, et de ce fait n'importe quel mafieux, copain ou millionnaire issus des milieux les plus extravagants de 27 et bientôt 29 pays et plus, auront la possibilité d'imposer leurs idées farfelues, bonnes ou mauvaises. Seuls les initiés nageant dans le cosmos du gouvernement français qui contresignent ce document croient sortir d'une impasse, ou du moins s'ingénient à le faire croire au travers des grandes phrases sar-



koziennes. A ce rythme, l'Union européenne deviendra vite un repoussoir pour les peuples disparates qui la composent et j'en appelle encore une fois au Conseil fédéral et aux partis désireux d'être inféodés à cette UE-là, de se tenir à distance le temps qu'il faudra pour qu'il y ait un sursaut de révolte pour une véritable mise au point agréée par une majorité des citoyens dûment informés.

L'incommensurable inconscience des Africains demandeurs d'asile en Suisse

Nous avons reçu les revendications déposées auprès des autorités suisses par la *Communauté africaine de Suisse et de France voisine*. Cette déclaration contre le racisme, la discrimination raciale, la xénophobie et l'intolérance religieuse, qui sont dénoncés sur 10 points précis, se garde bien de parler en parallèle des assassinats commis depuis des décennies contre les Suisses et les Français, ainsi que d'autres employés des ONG qui partent en Afri-

que pour aider ces peuples déshérités, qui osent venir chez nous en nous accusant de maltraitance, de xénophobie et de discriminations raciales. A noter que la Suisse n'a jamais eu de colonies.

Que je sache il n'y a pas souvent des crimes contre les Africains ici, sauf en cas de légitime défense, ou de rixes entre ethnies étrangères. Mais que dire des quatre Français assassinés sur la route du Paris Da-

kar ou des trois Allemands assassinés au Kenya pas plus tard qu'hier, alors que les premiers passaient des vacances, et les deuxièmes MSF venaient aider les malades. Combien d'autres étrangers sont allés et vont encore se dévouer en Afrique pour aider et soigner des populations noires déshéritées dont quelques membres ont pu s'échapper de leur misère pour venir quémander chez nous, et qui ont le culot, par cette déclaration,

de demander une considération et un traitement particulier de VIP. Ils invoquent la peur et l'insécurité, mais il n'y a pas chez nous d'assassinats à la machette, de razzias et d'incendies dans nos maisons, de démonstrations de violence avec fusils et grenades comme en Afrique aujourd'hui. J'espère que le Conseil fédéral auquel est adressé cette litanie d'exigences, va leur répondre du tac au tac, et renforcer les mesures de rétorsion pour au moins confirmer leurs accusations d'insécurité.

Maria de Seimners

Le Pileri

Publicité, réclame = opéra-bouffe infâme

Il a suffi que le président Nicolas Sarkozy émette l'idée de supprimer la publicité à la télévision, pour que nos responsables suisses très médiatisés à la radio par l'émission quotidienne des Petits Zèbres destinée aux enfants des écoles tous âges confondus, se lancent dans une investigation sur l'opportunité de la diffusion des réclames à la télévision. Après une semaine d'interrogation, le résultat est frappant. Le 90% des enfants est contre et un 10% partiellement pour, aucun tout à fait emballé. En effet ils

trouvent les thèmes trop répétitifs, stupides, incitatifs dans les mauvais sens, mensongers surtout pour les crèmes et gels de beauté, ennuyeux et diffusés au mauvais moment, sauf lorsqu'ils doivent aller aux cabinets.

Bravo! La valeur n'attend pas le nombre des années. En ce qui me concerne je suis tout à fait d'accord avec eux. J'ajouterai même que certains spots sont franchement vulgaires surtout lorsque les acteurs grimacent, et à force de répéter les mêmes mensonges, on finit par se lasser et ne plus croire à rien. Ce qui me fâche ce sont ces réclames qui se veulent drôles, alors qu'on vient de voir des catastrophes aux informations, ou qui sont olé, olé, alors qu'on a encore dans les yeux les gens qui

meurent dans les rues de pays en révolte, ou les enfants qui ont soif et faim alors qu'un publiciste trouve magnifique d'étaler sur l'écran des tonnes de malbouffe.

Oui monsieur Sarkozy, allez jusqu'au bout de votre bonne idée et supprimez ces attrappes-nigauds publicitaires dans les chaînes de télévision publiques.

Excision

On revient aux deux fillettes enlevées, séquestrées en Indonésie par un père suisse converti à l'islam et excisées brutalement et sans hygiène par des vieilles femmes imbues de traditions très éloignées des principes coraniques. Si cela continue, ce père indigne d'être suisse, acceptera plus tard la lapidation si

sa fille trahit ses ukazes, ou la fera assassiner si elle épouse un non musulman. Heureusement que le procureur Zappelli a rouvert ce dossier qu'il avait trop rapidement classé, vu que les fillettes sont malades et souffrent mille morts maintenant et sont susceptibles de souffrir encore plus lors de relations sexuelles à l'avenir ou d'un accouchement.

Merci à l'Unicef de se battre pour faire cesser ces opérations honteuses pratiquées sur des millions d'Africaines, mais qu'attendent les responsables onusiens pour inclure dans l'Acte de la ligue des Droits de l'Homme contresignée par tant de pays, l'interdiction absolue de toutes excisions sur des êtres humains quels qu'ils soient. *Octopus*

Genève 2048

Le 24 décembre 2007, la Tribune de Genève a publié sur une pleine page un texte aussi surprenant qu'intéressant. Un narrateur fictif, vivant en 2048, y décrit la manière dont la ville de Genève a évolué jusqu'au milieu du XXI^e siècle. Trois thèmes sont en particulier mis en avant: l'évolution de la population, les conséquences de l'endettement public et l'émergence de solidarités ethniques au détriment du bien commun. Malgré un titre apparemment positif («Les groupes ethniques freinent la faillite genevoise»), le texte décrit en réalité une situation dramatique. Même si l'auteur, Etienne Dumont, force peut-être le trait sur certains points, on ne peut toutefois que le féliciter d'avoir eu le courage d'évoquer des questions généralement passées sous le tapis. Avant de commenter son texte, j'en présenterai la substance.

Population

En 2048, Genève est une ville d'environ 1 300 000 habitants, située pour moitié sur territoire français – une situation qui ne va pas sans créer des tensions: du côté suisse de la frontière, «à la quatrième génération, on n'est toujours pas Suisse. A Annemasse, Gex ou Ferney, on naît Européen».

Les vagues d'immigration successives de la seconde moitié du XX^e siècle – d'abord majoritairement européennes, puis extra-européennes – ont fait de Genève une ville dans laquelle toutes les nations se voyaient représentées. A noter que l'afflux d'immigrés a été, après 2000, davantage asiatique qu'africain: les «réfugiés climatiques» n'ont fait que passer; en raison du manque de débouchés, ils ont rapidement poursuivi leur chemin en direction de la Scandinavie, voire du Groenland. Les différents mouvements migratoires ont eu pour conséquence la quasi-disparition des Genevois de souche. Les plus riches, incités par des initiatives fiscales, se sont installés dans les cantons de Zoug ou de Schwyz, en plein boom. De nombreuses familles historiques se sont éteintes; celles qui restent ne sont pas en mesure de cimenter la population.

La diversité ethnique croissante a entraîné la disparition des coutumes ethniques locales et de toute culture de référence, ce qui rend difficile l'intégration des étrangers. Les immigrés récemment arrivés disent: «Je veux bien m'intégrer, mais à quoi?». Selon le narrateur, les efforts entrepris en vue d'améliorer la situation «semblent dérisoires».

Endettement public

Genève est une ville en déclin, abandonnée après 2031 par les organisations internationales au profit de Luxembourg et de Vienne. La dette publique, qui se montait à 13 milliards de francs en 2007, a passé à 57 milliards en 2027 et atteint 140 milliards en 2048. Les conséquences sont multiples: les fonctionnaires, dont les salaires sont désormais versés irrégulièrement, ont tendance à exiger des pots-de-vin. L'argent manque pour entretenir les infrastructures ou pour en construire de nouvelles: l'état des routes se dégrade et le nécessaire pont sur la rade n'a toujours pas été construit.

Dans leur détresse, l'Etat et la ville ont dû se résoudre à vendre et à privatiser des biens publics: le Parc de la Grange a ainsi été acheté par une famille russe, le Palais Eynard par des rois de l'informatique indienne. De même, l'Université a été entièrement privatisée en 2030, si bien que les études de médecine y coûtent par exemple 170 000 francs par an.

Solidarité ethnique

Selon le narrateur, cette débâcle a généré des solidarités qui se révèlent «particulièrement sensibles dans les communautés ayant su rester soudées». Ces communautés ont notamment mis sur pied des organisations permettant de remplir une déclaration d'impôts, de concevoir un mode de paiement à l'hôpital, de résister aux abus des fonctionnaires ou de négocier des entrées à l'Université.

Effondrement?

Selon le scénario esquissé par Etienne Dumont, l'avenir de Genève est tout sauf rose. Mais est-il vraisemblable? Les phénomènes décrits sont en tout cas observables dans d'autres régions du monde. Alors que la Suisse est un pays avancé et prospère, nous peinons à imaginer que des conditions similaires à celles existant par exemple dans des pays d'Europe orientale ou d'Afrique puissent s'installer chez nous. Et pourtant, la description faite par Etienne Dumont repose sur une logique solide. Des finances publiques catastrophiques sont bel et bien susceptibles d'entraîner la corruption parmi les fonctionnaires, l'absence d'entretien des infrastructures et la privatisation de biens publics. Il est à ce titre dommage qu'Etienne Dumont ne s'attarde pas sur les causes de l'endettement massif de la



ville et de l'Etat. Est-il dû à une mauvaise gestion, à une crise économique, à une hausse des dépenses dans le domaine social? Il serait de même intéressant de savoir si le taux de chômage de Genève, qui est actuellement le plus élevé de Suisse, continuerait d'augmenter. Et si l'Etat n'est plus en mesure de payer les salaires des fonctionnaires, qu'en est-il de l'assistance sociale pour les habitants les plus pauvres? Et qu'en est-il de la criminalité? Ces questions n'ont toutefois de sens qu'en regard d'une autre: quelle sera la situation globale de la Suisse en 2048?

La privatisation de l'Université et les frais d'écologie exorbitants feront des études un luxe à la portée d'un petit nombre seulement. En résultera-t-il une fuite des cerveaux vers d'autres cantons ou pays où les études seront plus abordables? Ou un système de bourses (mais financé par qui?) permettra-t-il aux meilleurs d'étudier tout de même à Genève?

Relations interethniques?

Il est avéré que les groupes ethniques ont tendance à se replier sur eux en cas de crise. Dans le cas de Genève, on peut se demander quels seront les groupes les plus soudés. Comment se comporteront les rares Genevois de souche? On peut se demander plus largement dans quelle mesure sera soudé un groupe caractérisé par une conscience ethnique vacillante, par des structures familiales endommagées en raison de taux de divorce élevés et par un individualisme important – comme c'est le cas d'une part non négligeable de la population suisse de nos jours. Ces phénomènes s'accroîtront-ils au cours des prochaines décennies?

Quels rapports les différents groupes ethniques entretiendront-ils? Cordiaux ou conflictuels? Etienne Dumont écrit que «dans une ville appauvrie où tout a été privatisé, il faut bien s'entendre entre soi». Il semble donc que les groupes ethniques se toléreront davantage par nécessité que par conviction. On

ne peut pas parler d'amour du prochain dans ces conditions.

Sic transit gloria mundi

L'aspect le plus dramatique du texte d'Etienne Dumont est certainement la disparition des Genevois de souche. Alors que près de 40% des habitants de la ville de Genève sont aujourd'hui étrangers (personnes naturalisées non incluses), le risque d'un remplacement de la population de souche par d'autres groupes humains est réel à long terme. Mais comme notre société postule que tous les hommes sont égaux et de ce fait interchangeables, il est peu probable que la classe politique entreprenne vraiment quelque chose. La volonté de protéger la diversité biologique, chère à l'écologie contemporaine, ne s'applique pas à l'homme...

*Jan Mahnert, Berne,
est un auteur indépendant*

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.–)

Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates DS
Suisses**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

En parcourant la presse

La bourde voulue de Couchepin

On ne me fera pas croire que monsieur Couchepin a perdu le fil de son discours, ou que son lapsus n'a été qu'une erreur de prononciation. Le fait que le même jour l'UDC Mörgeli était à Buchenwald, est d'autant plus voulu et que cet écart de langage est comparable au «détail» de Le Pen qui a déclenché un tollé général de la part des milieux de gauche et même d'une droite contaminée par la pensée unique.

En Suisse, on minimise l'affaire, les médias mettent un bémol, et officiellement on ne veut pas mettre dans l'embarras Couchepin président. Ah! s'il s'était agi d'un socialiste ou d'un PDC au lieu de l'un de ces horribles suppôts du Satan blochérien, il n'aurait jamais osé confondre Mengele et Mörgele. C'est tellement facile de dire les pires méchancetés, et ensuite de s'excuser patement. C'est peu cher payer une telle attaque en dessous de la ceinture!

Autre bourde en Angleterre

Le chef de l'église anglicane, l'archevêque de Canterbury, Rowan Williams, défend la charia, au moment où la situation en Grande Bretagne est très tendue entre les autochtones et les 2.5 millions de musulmans qui s'y sont installés. Bien sûr il y a mis les formes et les points litigieux à ne pas dépasser, comme la lapidation ou les restrictions vis-à-vis des femmes, mais une telle déclaration a provoqué le refus catégorique et immédiat du premier ministre Gordon Brown qui souligna l'obligation politique d'appliquer les lois britanniques. Le Parlement n'a pas été aussi catégorique vis-à-vis des Juifs qui ont recours à leur lois religieuses lorsqu'il s'agit de divorce ou de succession. Ce tollé ne serait-il que de surface? A voir ce qui se passe dans d'autres parties du monde où les «envahisseurs» devenant majoritaires profitent de demander des adaptations politico-économico-religieuses en leur faveur, on peut douter d'une trêve durable dans ce domaine très délicat, surtout si une telle proposition émane d'un prêtre chrétien anglican! Les prédictions prévoyant l'islamisation de l'Europe sont-elles en train de se concrétiser?

Le timbre révélateur

Nous lisons dans le Pamphlet sous la signature de Claude Paschoud concernant l'inénarrable Nicolas Sarkozy, qu'un timbre postal à son effigie avait été imprimé par des Israéliens à Tel Aviv AVANT les pré-

sidentielles françaises. Rien d'étonnant à cela puisque Nicolas avait été auparavant présenter ses hommages (et probablement faire allégeance) au Congrès Juif Mondial aux Etats-Unis.

Ecologie

Dans le Choc du mois No 18, Gabriel Glauque à écrit que le lobby mondialiste s'est indûment approprié l'écologie prouvant ainsi que les Verts ont abdiqué ce qui faisait leur spécificité. La cohabitation harmonieuse de l'homme avec la nature ne se fera pas sans révolution technique, et surtout idéologique. Il faut rompre avec le capitalisme qui érige en valeur absolue de qualité de vie une accumulation matérielle de richesses. Preuves à l'appui sont imprimées par le Choc du Mois, 51 Bd. Garibaldi, F-75015 Paris.

Complot, ce mot est à la mode, et l'acte lui-même aussi

Vernier la Rouge a copié les magouilles procédurières du Conseil fédéral dans l'affaire Blocher. Ce député a été éjecté après quatre ans au Palais, à Vernier Thierry Cerutti n'a pas passé le seuil du Conseil municipal, malgré un nombre de voix majoritairement en sa faveur. Tous deux sont de droite, une tare au goût des socialistes qui tiennent le haut du pavé depuis des décennies à Vernier, et qui emploient des apparentements contre nature sur le plan fédéral. Et ils ont le culot de nier la thèse du complot, alors qu'elle a été prouvée avec Christoph Blocher et qu'elle est flagrante avec les juges socialistes de Genève qui nient l'évidence en prenant le parti des allégations mensongères des élus socialistes de Vernier. Pour nos édiles roses-verts, être de l'UDC, des Démocrates Suisses, de la Lega ou du Mouvement Citoyen genevois, c'est faire partie des escouades sataniques qu'il faut combattre à tout prix, même à celui de la trahison et du parjure, au grand dam de la démocratie.

Arnaque par la matrice et l'immigration clandestine

Jacques de Kremer parle des enfants envoyés seuls en France, auxquels il est difficile de refuser l'asile, mais aussi de ces filières africaines bien rôdées qui convoient des centaines de femmes enceintes de 8 mois et demi pour leur permettre d'accoucher en France d'enfants qui sont de ce fait français par la loi du sol. De plus 30 000 étrangers atteints de maladies graves viennent chaque année pour se faire

soigner gratuitement par des services français. Ajouter à tout cela les clandestins débarquant dans des criques connues des passeurs, et l'on aura en Europe une France noire. N'oublions pas, une Espagne mauresque. Car dans ce pays, il y a des millions de Maghrébins qui s'installent chaque mois, clandestins naturalisés facilement. En somme une Espagne qui revient au temps de l'occupation des Maures que les Espagnols de l'époque ont mis 700 ans à combattre pour les renvoyer chez eux.

Le Piloni

Projets inutiles et fumeux

Au lieu de perdre leur temps à élaborer, changer et soi-disant améliorer une nouvelle Constitution pour Genève toujours en décalage avec le reste de la Suisse, les députés et autres édiles qui se croient investis de compétences supérieures, feraient mieux de s'attaquer aux injustices de la justice, au trafic éhonté des êtres humains dont les femmes sont les principales victimes, et aux abus sexuels impunis musulmans comme les mariages forcés, le port du voile ou les excisions tolérées dans notre pays des Droits de l'Homme (et de la Femme). Quand on sait que la Suisse, par exemple, n'a pas signé la Convention du Conseil de l'Europe contre la traite des femmes, entrée en vigueur le 1er février 2008, il y a de quoi se poser des questions sur une dépense maousse destinée à palabrer sur une Constitution rénovée... dans le canton de Genève. Alors qu'une dizaine de femmes entrent quotidiennement en Suisse pour se prostituer volontairement ou obligées par des Alphonse étrangers, seules 28 condamnations liées à ces pratiques ont été prononcées en quatre ans. Ou bien nos élus masculins sont ravis de cette aubaine, et n'encouragent pas les mesures de protection ou de rétorsion, ou bien ils préfèrent perdre leur temps à discuter inutilement sur une Constitution dont personne ne parle, surtout pas les médias. Quel est cette politique?

La danse mondiale de Saint Guy

Le monde est devenu fou, car la folie des changements partout et à n'importe quel prix déstabilisent le train-train quotidien hérité de nos parents. On change la poste, les banques, la grande distribution, les transports, l'agroalimentaire, l'armée, les institutions caritatives, les églises et leur clergé, les partis politiques, les écoles, la Constitution, le fonctionnement des aides sociales,

des caisses de chômage, les hôpitaux, les assurances maladie qu'il faut jauger presque chaque année, les transports publics, l'aviation, les salaires, les vacances, et même les mots du vocabulaire déformés par les SMS. On essaie de changer les mentalités à travers l'Internet, on chamboule le contenu des journaux, des nouvelles télévisées, on bourre le crâne des citoyens par des histoires people, et presque toutes les votations sont truquées. Il se met en place une société à deux vitesses, ceux qui ont l'Internet, les téléphones portables, mangent des OGM et utilisent le biocarburant sans penser aux manques nutritionnels qui concerneront les plus pauvres, et les autres citoyens qui refusent de se laisser endoctriner, enchaîner à des robots et bourrer le crâne par de l'information biaisée, tronquée ou mensongère. Tous ces chambardements programmés et voulus par la mondialisation va même plus loin encore. Les élèves jugent leurs professeurs et les employés, leurs employeurs. Hier un reportage à la télévision montrait des patrons plus ou moins acceptables, des employés dépressifs, des coaches pour n'importe qui et n'importe quoi, de nouvelles maladies neurotiques nécessitant des congés payés et comme au Japon deux ou trois jours de repos en cas de divorce ou de séparation amoureuse tragique, en plus des congés maternité prolongés pour les femmes, et institutionnalisés pour les pères. Les écoliers et étudiants attaquent leurs maîtres et professeurs, aussi bien oralement que physiquement, les parents de cancre et de voyous viennent demander des comptes aux doyens au cas où leur rejetons sont expulsés des cours ou reçoivent une mauvaise note..., etc. Nous vivons sur de la gélatine, nos pas ne sont plus stables sur un terrain solide, et on dirait qu'un esprit malin s'ingénie à brouiller les cartes, à nous empêcher de planifier quoi que ce soit, à douter de l'avenir, ce qui a aussi pour conséquence les naissances hors mariage, les divorces qui se multiplient, les parodies de mariage homosexuels et les enfants in vitro. Le tout dans une folie de vaccinations dangereuses, de régimes alimentaires farfelus, de dopages à tous les niveaux, et de vols monstrueux dans les banques, les caisses de pensions, les hospices humanitaires et aussi les cimetières ou l'architecture, l'habillement et la musique. Même le sport est atteint, les jeux de hasard, les lotos et les offres bidons sur internet. Les clubs d'échangistes couronnent ce gâteau d'incommensurable folie terrestre. Où s'arrêterons nous?



Anzeige

Zu verschenken:

Multifunktionscenter PHILIPS MF-JET 485 (Drucker, Scanner, Kopierer und Fax). Gerät ist betriebsbereit. Verbindung via USB-Kabel. Läuft unter Windows XP, Windows ME, Windows 2000 usw.; jedoch nicht mit Windows Vista. Region Ostschweiz. Telefon 079 691 42 24 oder e-mail: eabs@bluewin.ch



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

15 Schläger ermittelt

(AZ 12. Januar 2007, auszugsweise) Die Kantonspolizei hat die Beteiligten an der Massenschlägerei vom 5. Januar 2007 in Brugg ermittelt, die 15 Männer zwischen 15 und 21 Jahren müssen sich jetzt wegen Raufhandels sowie teilweise wegen schwerer Körperverletzung vor der Jugendanwaltschaft verantworten. Die Schläger stammen aus der Schweiz, Serbien und Montenegro. Ein 15-jähriger serbischer Staatsangehöriger und ein 16-jähriger Schweizer kamen vorübergehend in Untersuchungshaft. Ein 21-jähriger Schweizer, der durch Schläge und Fusstritte schwere Gesichtsverletzungen erlitten hat, befindet sich noch immer im Kantonsspital Aarau. Bei den Schweizern handelt es sich – wie anfänglich noch vermutet – nicht um Rechtsextreme. Zur Massenschlägerei war es gekommen, weil zwei Jugendliche, die bereits früher einmal aneinander geraten waren, per Handy Verstärkung angefordert hatten. Bemerkung des

Schreibenden: zu dieser (etwas gekürzten) Pressemitteilung ist Folgendes zu bemerken:

1. Zur Mitteilung betr. Verstärkung via Natel: Ich habe schon vor Jahren (anlässlich der massiven körperlichen Angriffe von einer Bande Ausländer auf Rekruten und Unteroffiziere der Schweizer Armee in Aarau) im Aargauer Parlament davor gewarnt, dass unsere «lieben» ausländischen «Gäste» bestens organisiert sind und innert Minuten per Natel Verstärkung mobilisieren können. Auch das war hier offenbar der Fall.
2. Es ist typisch, dass, wenn Ausländer und Schweizer aneinander geraten, immer zuerst vermutet wird, die Schweizer könnten Rechtsextreme oder gar Neonazis sein. Und die Ausländer und deren Hintergründe?

Ganz allgemein fällt auf, dass, wo immer Konflikte zwischen rechten und linken Chaoten oder allge-

mein zwischen Schweizern und Ausländern erfolgen, es in den Medien (Presse, Radio, TV) durchwegs immer heisst: «Schlägerei zwischen Rechtsextremen und Autonomen» oder «zwischen Schweizern und Ausländern» aber absolut nie «zwischen Autonomen und Rechtsextremen» oder zwischen «Ausländern und Schweizern». Ich habe seinerzeit in der Schule im Geschichtsunterricht gelernt, dass immer der Aggressor zuerst genannt wird (es soll dies psychologische Gründe haben).

Z.B. wird der Krieg von 1870/71 zwischen Frankreich und Deutschland allgemein der «deutsch-französische Krieg» genannt. Nur in Deutschland heisst dieser Krieg «französisch-deutscher Krieg». Eben aus dem Grund, weil der Aggressor oder allgemein der Schuldige zuerst genannt wird. Ich glaube, der geneigte Leser merkt den Hintergrund der erwähnten Art von Medien-Berichterstattung.

Dragan Najman, Baden

SD fordern Sozialhilfe-Inspektorat

dnb. Im Badener Einwohnerrat (Gemeindeparlament) hat Dr. Dragan Najman am 2. Februar 2008 eine Motion eingereicht, die verlangt, dass der Stadtrat ein Sozialhilfe-Inspektorat einführen soll, um mögliche Fälle von Sozialhilfe-Missbrauch in der Gemeinde Baden aufzudecken.

Der Grund war die kürzliche Bekanntmachung der Stadt Zürich über die hier durchgeführten Untersuchungen von Sozialhilfe-Missbrauch. In Zürich waren die

Zahlen erschreckend, in 72,4 Prozent der vom 1. Juli bis 31. Dezember 2007 abgeschlossenen Fälle wurde ein Sozialhilfe-Missbrauch festgestellt. Die Schadensumme in Zürich bei den in diesem halben Jahr abgeschlossenen Untersuchungen betrug sage und schreibe 857'000 Franken. 76 Prozent der in Auftrag gegebenen Untersuchungen betrafen ausländische oder eingebürgerte Personen. Gleichzeitig wurde auch bekannt, dass 50 Prozent der Sozialhilfebezügler in

Zürich Ausländer sind bei einem Ausländerbestand von nur 35 Prozent. Ich kann nichts anderes als mich ständig zu wiederholen: Die Ausländer sehen die Schweizer lediglich als Melkkühe, die man bis zum Geht-nicht-mehr schröpfen kann. Kein Wunder bei diesen Bundesräten, Kantonsräten, Gemeinderäten usw., die in der Schweiz seit Jahrzehnten an der Macht sind, aber (entschuldigen Sie den Ausdruck) meist «zum Füdl us nüt wert sind».

Abo schon bezahlt?

Das Wahljahr 2007 gehört der Vergangenheit an. Im Namen der Parteileitung danken wir allen, für alle wertvollen Gaben während dieser Zeit.

Die Aufgaben und Arbeiten, die uns in nächster Zeit beschäftigen, sind vielseitig. Noch dieses Jahr müssen wir das Referendum gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien sowie gegen die Weiterführung des freien Personenverkehrs ergreifen. Dies ist unsere heilige Pflicht. Auch die geplante Aufhebung der Lex Koller ist noch nicht vom Tisch. Noch immer gibt es leider breite Kreise, die unseren wertvol-

len Heimatboden an reiche Ausländer verschachern möchten. Unser Land braucht weiterhin die mahrende patriotische und ökologische Stimme der Schweizer Demokraten, sei es im Kampf gegen die Übervölkerung, die Überfremdung oder gegen den Ausverkauf der Heimat.

Sie halten die neuste Ausgabe unserer Monatszeitschrift «Schweizer Demokrat» in Ihren Händen. Damit dies möglich ist, sind grössere finanzielle Aufwendungen nötig. Gerne möchten wir unsere Zeitschrift weiterführen. Dies kann in Zukunft nur gelingen, wenn unsere Leserinnen und Leser sich mit

dem bescheidenen Abonnementspreis von jährlich Fr. 45.– daran beteiligen. Wenn Sie das Abo noch nicht beglichen haben, hilft Ihnen auch der beiliegende Einzahlungsschein dabei.

Auch für jede kleine und grössere Spende sind wir sehr dankbar. Allen treuen Lesern, die den Abo-Betrag Jahr für Jahr pünktlich überweisen, danken wir von Herzen.

*Ihre SD-Parteileitung
Ueli Brasser, Gemeinderat,
SD-Zentralpräsident a. i.;
Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer*